

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnements 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin S.W., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

← Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106. →

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Bergleute.

Die Bergleute haben bei ihrem großen Ausstande ihre Macht erkannt und haben eingesehen, daß sie nicht bloß eine ökonomische, sondern auch eine politische Bedeutung haben, wenn sie vereinigt sind. Mit demselben Augenblick, der diese Erkenntnis gebracht hat, haben sich die Bergleute auch von dem politischen Loch befreit, das sie bisher getragen — sie haben sich von den Ultramontanen und Nationalliberalen losgesagt und zwar auf immer. Sie bildeten die große Gefolgschaft dieser Parteien im Ruhr- und Saarkohlengebiet, was die den Grubenbesitzern unterthänige Presse nicht gehindert hat, während des großen Ausstandes die Bergleute als „Aufrührer“ zu verdächtigen. Die Nationalliberalen und Ultramontanen haben nun gemeinsam die Zeche für dies frivole Vorgehen zu bezahlen. Es wird die Ultramontanen nicht viel nutzen, daß die Generalversammlung der Katholiken in Bochum, im Zentrum des Streikgebietes, abgehalten worden ist und daß Herr Windthorst die Bergarbeiter als „Kollegen“ begrüßt hat. Ueber derartige politische Jongleurkunststücke werden die Bergleute zur Tagesordnung übergehen.

An Liebeswerbungen um die Gunst der Bergleute hat es nicht gefehlt; abgetakelte politische „Größen“ und Industriemänner haben solche eifrig betrieben; sogar Lockspitzel sind thätig gewesen. Aber auch noch andere Leute hätten gerne die Bergarbeiter ins Schlepptau genommen. Als die Herren Baumhach und Schmidt-Elsfeld sich zu Vermittlern beim großen Streik aufwarfen, hatten sie wohl auch den Hintergedanken, daß sie damit die Bergleute in das freisinnige Lager bugsiiren könnten. Wir wollen sie darum gewiß nicht ansprechen; wir bewundern aber den Köhlerglauben dieser Herren, welche sich nicht ausreden lassen wollen, daß eine Partei, deren einziges Prinzip auf ökonomischem Gebiete das bis zur Verweigerung traurige Mandatesystem ist, jemals die Führerschaft einer großen Arbeiterbewegung übernehmen könne. Auch das klägliche Fiasko des Dr. Max Hirsch hat den Aberglauben der „Freisinnigen“ nicht zerstören können.

Nach dem Streik wollte ein journalistischer Industriemitter in Berlin, der sich vor Gericht als Anarchisten bezeichnet und auch an Most's Blatt mitgearbeitet hat, merkwürdiger Weise aber immer wieder bei konservativen Blättern Verwendung findet, den günstigen Moment ergreifen. Er gründete eine „Deutsche Bergarbeiterzeitung“, von der aber mit Recht kaum Notiz genommen worden ist.

Dann behauptete auf der Generalversammlung der deutschen Volkspartei zu Kaiserslautern der Rechtsanwalt Kohn aus Dortmund, die Bergarbeiter seien für diese Partei gewonnen. Dieselbe zählt nach eigener Angabe in Deutschland 1310 Mitglieder und wir wollen ihr in eigenem Interesse wünschen, daß Herr Kohn aufgeschritten hat. Wenn ein paar mal hunderttausend Bergleute sich plötzlich in einen so engen Parteidahmen

einbringen wollten, müßte die Wirkung eine sehr eingehende sein; so starke plötzliche Anschwellungen kann man nicht gut vertragen. Wir haben übrigens die Behauptungen des Herrn Kohn gleich nicht ernst genommen.

Was nun die Stellung der Bergleute zur Sozialdemokratie betrifft, so hat es unter den Bergleuten immer viele Anhänger und auch viele Gegner der Sozialdemokratie gegeben, wie aus den Vorfällen der letzten Wochen deutlich zu ersehen war. Die Sozialdemokratie hat sich bei dem großen Streik den Bergleuten nicht in vertrauter Weise aufgedrängt, wenn sie auch von der verlogenen Presse beschuldigt wurde, im Verein mit belgischen Anarchisten den ganzen Streik angeflistert zu haben. Man wird sich erinnern, daß die Rathschläge, welche der Abgeordnete Bebel auf Anfrage einem Bergarbeiter gab, sehr mäßiger und ruhiger Art waren; Bebel rieth den Bergleuten, das Erreichbare von Seiten der Unternehmer einstweilen zu akzeptiren und es der Zukunft vorzubehalten, weitere Zugeständnisse zu erlangen. Dieser Rath war durchaus wohlgemeint und der Sachlage angemessen und entsprach ganz auch der traditionellen Haltung der Sozialdemokratie bei solchen Angelegenheiten, die sich als Partei nie in die Streiks eingemischt hat. Im Uebrigen thaten die Sozialdemokraten ihre Menschenspflicht wie andere Leute, indem sie die Streikenden unterstützten.

Welche Wirkungen der Wortbruch der Grubenbesitzer auf die künftige politische Haltung der Bergleute haben wird, das muß sich erst zeigen. Wir sind der Ueberzeugung, daß diejenigen Elemente der Bevölkerung, die auf den Sozialismus aus natürlichen Gründen angewiesen sind, ganz von selbst zu ihm kommen werden, genau wie unsere sozialökonomische Entwicklung überhaupt streng ihren gewiesenen Weg geht.

Unter den Bergarbeitern, die jetzt eifrig bestrebt sind, sich über ganz Deutschland zu organisiren, besteht vielfach der Plan, sich durch „parteiliche“ Abgeordnete im Reichstage vertreten zu lassen. Auch in dem famosen „Königreich Stumm“ hat man diese Absicht. In wie weit die Gesamtheit der Bergarbeiter mit diesen Projekten einverstanden ist, läßt sich nicht ermeßen; auch läßt sich heute noch nicht sagen, ob eine solche Wahl zu Stande kommen wird. Wir lassen die Frage unerörtert, ob es zeitgemäß ist, einzelne Branchen im Reichstage vertreten zu lassen. Aber wir wollen den Bergleuten gleich sagen, wie es ihnen gehen wird, wenn sie wirklich einen oder mehrere solcher „parteilichen“ Vertreter in den Reichstag bringen sollten.

Was sollten diese Männer thun? Das Reich hat keine Bergwerke; also handelt es sich nicht darum, einen Staatsbetrieb umzugestalten. Sie müßten sich einfach darauf verlegen, eine Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen, die den Bergleuten das Erbtheil ihrer Väter, die achtstündige Schicht, sichert, und sie müßten für Koalitionsfreiheit eintreten, um sich gegen die

Unternehmer organisiren zu können. Bei all diesen Bestrebungen fänden sie wirksame und aufrichtige Unterstützung nur bei den Sozialdemokraten; die anderen Parteien würden hundert „Wenn“ und „Aber“ haben, selbst da, wo sie sich „im Prinzip“ mit den Vertretern der Bergleute einverstanden erklären müßten. Gut wäre es denn schon, wenn einmal die Bergleute auch im Parlament durch die Thatfachen darüber belehrt würden, welchen Fahnen sie bisher gefolgt sind.

Eines scheint uns sicher zu sein, daß nämlich weder die Kartellbrüder, noch die Freisinnigen, noch die Ultramontanen etwas von den Bergleuten zu erwarten haben. Und das ist schon viel.

Korrespondenzen.

London, 28. Sept. In fast sämmtlichen mir zu Gesicht kommenden deutschen Blättern stöße ich auf eine, auch in das „Berl. Volksbl.“ übergegangene Notiz von einem „Manifest“ der „Union der nationalen Föderation der Arbeiter“, in welchem zur „Gründung eines einzigen großen nationalen Arbeitervereins“, der ein „Parlament der Arbeit“ werden soll, aufgefordert wird. Unterzeichnet ist der Aufsatz, heißt es, „von dem Londoner Sozialisten Williams, dem Führer der Arbeiter bei dem letzten Streik, John Burns, Wood und Springfield.“ Es handelt sich um die Gründung einer großen Arbeiterpartei.

Daß eine Union wie die oben genannte, zu gründen versucht wird und zu diesem Zwecke Aufrufe erlassen werden, stimmt, aber die Sache hat doch ihren Haken. Der „John Burns“, von dem es heißt, daß er das Manifest mit unterzeichnet habe, ist nämlich keineswegs identisch mit dem Leiter des Doderstreiks, sondern ein obskurer Reporter, welcher wahrscheinlich nur, weil er zufällig auch J. Burns heißt — er zeichnet auch beiläufig J. B. Burns — zur Mitunterzeichnung veranlaßt wurde. Wer aber ist Williams, „der Führer der Arbeiter bei dem letzten Streik“? Ob die Verschwommenheit dieses Nebentitels zufällig ist oder nicht, wollen wir unerörtert lassen — genug, Williams ist zwar nicht der Führer u., wohl aber ein bekannter Agitator und Organisator und Mitglied der sozialdemokratischen Föderation. Aus diesem Umstande und aus der ferneren Thatfache, daß das Organ der Föderation, „Justice“, für die neue „Union“ gewaltig Reklame zu machen sucht, ist der Schluss erlaubt, daß wir es in der letzteren nur mit einem Versuch zu thun haben, den Strom der durch den Doderstreik entstandenen Bewegung in das Fahrwasser der sozialdemokratischen Föderation zu leiten. An sich unbedingt ihr gutes Recht, nur dürften die Mittel schon etwas laubereicher sein.

Es hat die Leiter der genannten Organisation sehr verdrossen, daß sie während des Doderstreiks so gar nicht zur Geltung kamen. Ein gleich zu Anfang unternommener Versuch, die Führung in ihre Hände zu bekommen, war kläglich mißglückt. Desgleichen hatten die ausgestreuten Verdächtigungen gegen Burns, Mann und die übrigen Leiter des Streiks vollständig ihre Wirkung verfehlt. So müßten sie sich damit be-

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

180

Ein Goldmensch.

Roman von Maurus Jolyai.

Wir feilten bei Nacht unsere Fesseln durch; schlugen den Aufseher, der unser Vorhaben bemerkte, zu Boden, noch ehe er Lärm schlagen konnte, und warfen ihn ins Meer; denn banden wir das kleine Boot los und stießen ab. Die See ging sehr hoch; unweit der Küste schlug unser Boot um. Der eine meiner Gefährten war des Schwimmens unfähig und ertrank; der Zweite konnte schwimmen, aber nicht so wie der Hai, der ihm nachschwamm. Nur aus seinem Gebrülle hörte ich, wie der „Engel des Meeres“ ihn erschnappte und halben Leibes über dem Wasser emporhielt. Ich selbst schwamm aus Ufer. Wie ich zu dieser Marine-Uniform, dann zu den Waffen und Reiseutensilien, welche zu einer Fahrt über den Ocean nöthig sind, gekommen, werde ich Dir ein andermal bei einem Glas Wein erzählen, wenn wir dazu Zeit finden; jetzt aber beenden wir unser Geschäft. Denn Du weißt ja, wir zwei haben miteinander noch abzurechnen.“

Der Abenteurer führte die Hand nach dem über sein linkes Auge gebundenen Seidentuch. Die schwer heilende Wunde mochte ihm ein unangenehmes Oedenzeichen sein. Die strenge Kälte, in der er sich draußen so lange umhergetrieben, konnte der Wunde unmöglich gut gethan haben.

Ich suchte nun direkt nach Komorn zu kommen, wo Du, wie ich wußte, Deinen stabilen Wohnsitz hast und suchte Dich auf. Du seist vom „Ausland“ noch nicht zurückgekehrt, hieß es in Deinem Komtoir. In welcher Gegend

des Auslandes Du Dich aufhieltest, wußte mir Niemand zu sagen. Gut, so werde ich warten, bis er heimkehrt, dachte ich mir. Um mir die Zeit zu vertreiben, ging ich in die Kaffeehäuser und wurde dort mit Offizieren bekannt, bei denen meine Uniform eine offene Empfehlung war, dann besuchte ich das Theater. Dort sah ich jene prächtvoll schöne Dame mit dem Alabastergesicht und den melancholischen Augen. Du erräthst wohl, wen ich meine. In ihrer Gesellschaft befand sich stets eine andere schöne Dame. Sei, was für mörderisch schöne Augen die hat! Sie ist ein wahrhaftiger Korsar im Unterrock. Ich machte mich nun an die „Terrain-Sondirung“. Einmal wußte ich's so anzustellen, daß ich auf einen Sperrstich neben dem mörderischen Engel zu sitzen kam. Ich machte ihr den Hof, was sie gut aufnahm. Auf meine Anfrage, ob ich so frei sein dürfte, ihr meine Aufmerksamkeit zu machen, wies sie mich an ihre Gebieterin, von der Alles abhängt. Ich sprach mit großem Lob von der ehrfurchtgebietenden Madonna und erwähnte, daß ich so glücklich gewesen, ihre Familie in der Türkei kennen zu lernen und, daß sie ihrer Mutter überaus ähnlich sehe.

„Wie?“ fragte das schöne Fräulein. „Sie haben die Mutter der gnädigen Frau gekannt? Die ist ja sehr jung gestorben.“ „Ich habe“, antwortete ich, „nur ihr Porträt bei ihrem Vater gesehen, der mir viel Gutes erwiesen hat. Es zeigte ein fast ebenso bleiches, schwermüthiges Gesicht, eingetaucht von einer Doppelreihe Diamanten, welche Hunderttausend werth sein mochten.“ „Ah, Sie haben also auch den prächtigen Schmuck gesehen?“ sagte das schöne Fräulein. „Meine Herrin hat es mir auch gezeigt, als sie es von Herrn von Lovetinsky zum Geschenk bekam.“

Timar krampfte die Fäuste in ohnmächtiger Wuth zusammen.

„Aha! Jetzt kennen wir uns aus!“ fuhr der Abenteurer zu dem auf der Folter liegenden Manne gewendet, mit

grausamem Lächeln fort. „Du hast also der Tochter Ali Achorbadshi's den ihrem Vater entwendeten Schmuck zum Geschenk gemacht. Dann müssen auch die anderen Bretlosen in Deine Hände gefallen sein, denn diese waren mit dem Schmucke an ein und demselben Ort. Nun kannst Du nichts mehr leugnen. . . Und jetzt sind wir schon gleichen Ranges; duhen wir uns, oder geben wir einander hohe Titel, wie's beliebt; aber auf keinen Fall geniren wir uns, so mit einander zu reden, wie sich's gebührt.“

Timar saß, am ganzen Körper gelähmt, vor diesem Menschen, dem das Schicksal ihn in die Hände geliefert. Dieser hatte gar nicht nöthig, ihm seine Waffe vorzuhalten; Timar hatte nicht einmal die Kraft, von seinem Sitz sich zu erheben.

„Du liebst aber lange auf Dich warten, Freundschen — und ich sing schon an, Deinethwegen mich zu beunruhigen. Auch mein Kleingeld war mir ausgegangen. Die Gelbbriefe von meiner reichen Tante, von der Admiralität, von meinem Güterdirektor und meinen Banquiers, nach denen ich täglich auf der Post anfragte, wollten — aus leicht begreiflichen Ursachen — noch immer nicht eintreffen. Dich aber pries man überall, wohin ich kam. Ein genialer Kaufmann, ein riesiges Talent, ein Wohlthäter der Armen hieß es. Auch Dein exemplarisches Familienleben wurde hervorgehoben. Du seist das Muster eines Ehemannes; die Frauen werden nach Deinem Lode Deine Leiche verbrennen und den Männern Deine Asche eingeben. Bahaha!“

Timar wandte sein Gesicht ab. „Doch ich langweile Dich vielleicht schon? Nun, ich komme gleich auf unser Geschäft. Eines Tages war ich sehr schlecht aufgelegt, weil Du noch immer nicht nach Hause kommen wolltest, und als im Offiziers-Kaffeehause Jemand Deinen Namen nannte, konnte ich mich nicht enthalten, einen gelinden Zweifel vorzubringen, ob denn ein Mensch so

anügen, über die, allerdings vielleicht etwas übertriebene Sorgfalt, mit der Burns jede Verquickung des Streiks mit sozialistischen Agitationen fernzuhalten suchte, so rätsonnieren, sowie den mit den Kompagnien geschlossenen Kompromiß zu bemängeln. Die Aufrichtigkeit ihrer Kritik würde weniger zweifelhaft sein, wenn nicht die neue Union genau dieselben Grundprinzipien proklamirte, wie die von Burns bei Führung des Doderstreiks befolgten: Fernhalten von aller Politik, bloßer Kampf für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Uebrigens dürfte sie sich als eine Eintagsfliege, wo nicht gar als ein todgeborenes Kind erweisen. Mit der großen Arbeiterpartei hat es einstweilen noch gute Wege.

Es ist merkwürdig, ein Fremder, der nach England kommt, die hiesige Presse und Literatur verfolgt, sollte meinen, die sozialdemokratische Bewegung könne irgendwo härter sein als hier. Die Blätter sind voll von Artikeln über die soziale Frage, die Neuen behandeln sie in ausführlichen Abhandlungen, und an sozialistischen Schriften aller Art ist kein Mangel. Desgleichen giebt es eine große Anzahl schrift- und redigewandter sozialistischer Agitatoren. Fragt man aber nach den sozialistischen Organisationen, so ist es um diese sehr dürftig bestellt. Es besteht keine einzige, von der man sagen könnte, daß sie Anspruch darauf erheben darf, einen nennenswerthen Bruchtheil der englischen Arbeiterschaft zu repräsentieren.

Die relativ stärkste ist wohl vorläufig noch die Sozialdemokratische Föderation, die zugleich die älteste der bestehenden sozialistischen Organisationen ist. Wie groß ihre Mitgliederzahl, darüber gehen die Meinungen auseinander, man mag sie danach bemessen, daß ihr Vorstand auf dem Pariser Kongreß mehr als 28 Sektionen zu vertreten, von denen aber zweifelsohne mehrere nur auf dem Papier bestehen, und daß ihre Jahresversammlungen im Maximum von zirka 20 Personen besucht werden. Ihr Organ, die bereits oben erwähnte „Justice“, hat kurz vor letzte Weihnachten ihr Format für die Dauer der Feiertage auf die Hälfte reduziert, die „Feiertage“ bestehen aber bis heute noch fort. Und sie werden auch wohl noch ziemlich lange andauern, denn was die Föderation durch Zutritt neuer Mitglieder gewinnt, das verliert sie durch Abgang alter, denen die Intriguen ihres Hauptführers, des Herrn D. M. Synnman, das Verbleiben in der Föderation unmöglich machen. Es ist kaum glaublich, eine wie große Anzahl tüchtiger, anerkannt ehrenwerther Sozialisten dieser Mensch aus der Organisation bereits herausgedrängt hat. Seine Ränke verursachten vor 4 Jahren die Spaltung der Partei, und seitdem haben mindestens ebenso viel Personen, wie damals, der Föderation den Rücken gekehrt. Synnman ist nicht unbefähigt, als Sozialist ist er unter seinen Landsleuten sicherlich einer der Klärsten, aber er zeichnet sich durch zwei weitere Eigenschaften aus, die dieses erstere allen Werth nehmen: er ist ebenso unwahr wie feige. Und wenn der Engländer alles verzeiht, Feigheit verzeiht er nicht. Burns, Cunningham Graham, William Morris, — sie alle haben in den Vorjahren bei den Kämpfen mit der Polizei um das Versammlungsrecht auf Trafalgar Square persönlich ihren Mann gestanden, Herr Synnman mußte jedesmal einen Vorwand, sich im kritischen Moment zu drücken. Unerschrocken ist er dagegen, wo es sich um Schmeicheln oder Verleumdungen handelt. Ich möchte ihn am liebsten mit J. J. Schweitzer vergleichen, sowohl was seine Fehler als auch was seine Vorzüge anbetrifft. Die letzte Leistung des Herrn Synnman ist ein Rundschreiben gegen Bateman, Burns, Champion und Mann — die Leiter des Doderarbeiter-Streiks — voller Verdächtigungen der Benannten. Dasselbe hat zur Folge gehabt, daß ein Mitglied des Vorstandes der Föderation, W. S. de Mattos, dessen Name ohne vorherige Einwilligung unter das Rundschreiben gesetzt worden war, aus demselben ausgetreten ist. Hier kann man wirklich die in England übliche Frage anfragen: „soho next? — wer wird der Nächste sein?“

Ich will für heute hier abbrechen, um noch Einiges über die Vorgänge des Tages anzufügen. Einen interessanten Beitrag zu dem, was ich in meiner ersten Korrespondenz über die Vorgeschichte des Doderstreiks schrieb, finde ich in einem Artikel, den John Burns über denselben in der „New-Review“ veröffentlicht. Die „New-Review“ ist wirklich eine neue Revue, sie erscheint erst seit einigen Monaten und sucht sich ihr Publikum dadurch zu erobern, daß sie erstens noch einmal so billig ist wie die bestehenden großen Revuen und zweitens allerhand „Neues“ zu bieten sucht. So z. B. läßt sie sich über Zeitfragen gleichzeitig von zwei verschiedenen Autoren schreiben, so daß die Leser in einer Nummer womöglich gleich pro und kontra hören. Das hat sie u. a. mit der Frage des Boulangerismus gethan und jetzt hat sie sich vom Kardinal Manning und John Burns, dem katholischen Kirchenfürsten und dem sozialistischen Agitator über den Doderstreik, Bericht erstatten lassen. So interessant es wäre, kann ich doch auf diese Berichte hier nicht eingehen, darum nur soviel, daß John Burns in seinem Bericht ausdrücklich feststellt, daß die Erhebung der Doderarbeiter eine rein sozialistische Affäre war, um mit der deutschen Ordnungspresse zu reden, war. Sechs Jahre seien es her, daß John Williams,

er und andere Genossen Morgens früh in dem Dods zogen und die Saat der Unzufriedenheit säeten.“ Wir haben,“ schreibt er, „wie schrecklich es dort zugeht, und machten uns systematisch daran, die Leute wider ihr Schicksal rebellieren zu machen.“

Die Thatfache ist bekannt, aber daß ein Sozialist sich und seine Freunde der Aufhebung öffentlich rühmt und rühmen darf, ist und bleibt für die hiesige Auffassung des Begriffs der politischen Freiheit bezeichnend. Wenn die in gewissen „liberalen“ Kreisen in Deutschland geplante „Regelung“ — richtiger Erbschaften — des Koalitionsrechtes der deutschen Arbeiter Gestalt annehmen sollte, dann empfindet es sich, diesen Freiheitshelden und Arbeiterfreunden diese und andere Beispiele dafür vorzuhalten, was man in England unter Koalitionsrecht versteht.

Natürlich sind wir auch hier noch ziemlich weit davon entfernt, vollkommenen Zustand uns zu erfreuen. Das müssen jetzt die armen Postangestellten erfahren, denen es durch Ullas der wohlweisen Postdirektoren bei Strafe der Entlassung unterzogen worden ist, sich behufs Verabreichung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu organisieren, ja, auch nur Meetings, in denen ihre Verhältnisse besprochen werden, zu besuchen. Wofür sind sie auch Beamte! Die Postleute verstehen die Sache aber anders, Beamte hin, Beamte her, denken sie, man bezahlt uns wie Proletarier und darum wollen wir uns auch als Proletarier unserer Haut wehren. Und so ist es offenes Geheimnis, daß sich London in diesem Augenblick des schönsten Geheimbunds erfreut. Zu einem Geheimbundsprozess wird es aber trotzdem nicht kommen, denn der Herr General-Postmeister kann zwar die Schuldigen — vorausgesetzt wenn er sie ermittelt — entlassen, aber vor Gericht stellen kann er sie nicht, eher umgekehrt. Und mit dem Entlassen der „Schuldigen“ hat es auch seine eigene Bewandnis. Dieser sollen nämlich eine so große Anzahl sein — in vielen Bezirken unter jedem Duzend Angestellten zwölf „Geheimbündler“, — daß die Weltstadt, wenn der Herr seine Drohung wahr machen wollte, auf einige Zeit den Briefverkehr einfrieren sehen würde. So gut wie die Doder würden auch die Briefträger mit den „Schwarzbeinen“ fertig werden, vielleicht noch besser, da es sich bei ihnen nicht um Arbeit hinter geschlossenen Thüren handelt.

Angesichts der Thatfache, daß die Bezahlung der unteren Postbeamten wirklich eine miserable ist — sie beginnen mit 16 Shilling Wochenlohn — ihre Forderungen sehr mäßige sind und bei dem starken Gefühl des englischen Publikums für Recht und Billigkeit ist mit großer Wahrscheinlichkeit vorauszuweisen, daß auch diese Bewegung erfolgreich sein wird.

Zum Schluß will ich auch einer Bewegung gedenken, die kapitalistischen Gemüthern in der Zeit so trüber Erfahrungen ein wahres Labfal sein muß. Wie bekannt, haben Liverpooler Speculanten eine Preistreiderei in Baumwolle so erfolgreich durchgeführt, daß Spinner und Weber erklären, bei dem jetzigen Preis mit ihren Fabrikaten auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren zu können. Um nun ihren Arbeitsherrn, von denen ein Theil übrigens zweifelsohne mit den Liverpooler Auskäufern gemeinsame Sache gemacht haben, den Kampf gegen diese zu erleichtern, haben die organisierten Arbeiter der Baumwoll-Industrie Lancashires sich bereit erklärt, nicht nur, wie sie seit Wochen thun, halbe Zeit zu arbeiten, sondern auch, um den Liverpooler „Ring“ zu sprengen, einen allgemeinen Arbeitsausstand in's Werk zu setzen. Natürlich ist das Anerbieten mit Vergnügen akzeptirt worden; denn auf diese Weise sind es die Arbeiter, bezw. ihre Organisationen, welche die Kosten des Feldzuges zwischen Händler und Fabrikant freiwillig übernehmen. Ueberflüssig hinzu zufügen, daß es just dieselben Organisationen sind, deren Vorkände in der Urabstimmung der Gewerkschaften über den Achtstundentags-Arbeitsstag die ablehnende Majorität geliefert. „D, wie ist es doch erfreulich!“

Politische Ueberblick.

Ueber das unthunliche Schicksal des Sozialisten-Gesetzes schreibt der „Hamb. Korreip.“: Die von der „Konf. Korreip.“ gegebene Anregung, die Sozialistengesetzfrage in der bevorstehenden Session des Reichstages nicht zur Entscheidung zu bringen, sondern sie nach Ablauf der Legislaturperiode unmittelbar den Wählern als Wahlparole zu unterbreiten, hat in der Presse wenig Beifall gefunden, und es läßt sich auch nicht verkennen, daß man den Wählern schwerlich zumuthen kann, bei ihrem Gang nach der Wahlurne lediglich danach zu entscheiden, welche Maßregeln nunmehr zur Eindämmung der wilden öffentlichen Agitation ergriffen werden sollen. Darum handelt es sich aber; nicht das ist in Frage, ob überhaupt etwas geschehen soll — in Bezug auf die Nothwendigkeit besonderer Maßregeln herrscht eine sehr weit gehende Uebereinstimmung — sondern, welche Art des Vorgehens gewählt wird. Der gegenwärtige Reichstag bietet in seiner Zusammenfassung

der Stelle rührst, könnte sie losgehen, und dann werde ich nicht daran Schuld sein. Uebrigens, beruhige Dich. Es war nicht Dein Malheur, daß ich hinging, sondern mein eigenes. Ich muß immer beim Langvergnügen das Entree für Dich bezahlen. Das ist schon so ausgemacht, als wenn's in den zehn Geboten stünde. Du tanzt, und ich zahle. Du legst Dich statt meiner ins Bett, und mich wirft man statt Dir hinaus. Warum ging ich auf die herrenlose Insel? Doch nur um Dich dort zu finden. Als ich aber hinkam, warst Du schon fort. Ich fand Niemand dort, als Noemi und einen kleinen Balg. — Ei, ei, Freund Michael, wer hätte Dir eine solche Schelmerei zugemuthet? — Doch still, sagen wir Niemandem etwas davon. — Dobi heißt er, nicht wahr? Ein lieber, gescheiter Junge. Wie er sich vor mir fürchtete, weil ich das eine Auge verbunden hatte. Es ist wahr, auch Noemi erschraf sehr vor mir. Sie Beide waren ganz allein auf der Insel. Wie betrübte es mich, zu hören, daß die gute Mama Theresia schon gestorben. Sie war ein gar zu gutes Geschöpf, die würde mich anders empfangen haben. Denke Dir, diese Noemi wollte nicht einmal gestatten, daß ich mich im Hause niederlegte. Sie sagte, sie fürchtete sich vor mir, und Dobi noch mehr; sie Beide wären allein in der ganzen Behausung. Nun, eben deshalb bin ich ja hergekommen, damit ein Mann im Hause sei, der Euch beschützt.“ Im Vorbeigehen gefaselt, welchen Trank hast Du dem Mädel eingegeben, daß es so schön geworden ist? In der That, es ist ein Prachtweib aus ihr geworden, daß Einem das Herz im Leibe lacht, wenn man sie nur ansieht. Ich unterließ auch nicht, ihr das zu sagen. Da bemühte sie sich, eine häßliche Frage zu schneiden. Ich wollte mit ihr scherzen. „Schick dich das,“ sagte ich zu ihr, „dem Bräutigam ein grimmiges Gesicht zu machen?“ Da kam ich aber schön an. Sie schalt mich einen Herumstreicher und wies mich aus dem Hause. Gut, sagte ich, ich wolle gehen, und dann würde ich auch sie mitnehmen, und dabei umfagte ich ihre Taille.“ Timars Augen sprühten Feuer. „D, bleib nur sitzen, Kamerad, Du hast keinen Grund, aufzufahren, wohl aber hatte ich ihn, denn das Mädel versetzte mir eine Ohrfeige, eine Ohrfeige sage ich Dir, welche noch einmal so stark war, als die, welche ich vom Major erhalten;

genügende Gewähr für eine ernste sachliche Prüfung; seine Mehrheit ist mit der Regierung in der Frage des „Ob“ eines Sinnes, und es ist deshalb kein Grund ersichtlich, warum nicht er, sondern sein vielleicht noch besserer, vielleicht auch nicht so guter Nachfolger vor die Frage des „Wie“ gestellt werden sollte. Die „Kreuzzeitung“ meldete, es bestche an beachtenswerthen Stellen die Ansicht, daß das alte Sozialistengesetz wieder zur Verabreichung käme mit der einzigen wesentlichen Aenderung, daß die Dauer eine andere, d. h. eine Frühbestimmung für die Gültigkeitsdauer nicht aufgenommen würde. Die Meldung darf als zutreffend bezeichnet werden. Der Versuch, das Sozialistengesetz durch Erweiterung des Straf-, Vereins- und Verkechtes entbehrlich zu machen, scheint aufzugeben zu sein, weil keine Aussicht vorhanden ist, auf diesem Wege zu einer Verhinderung zu gelangen. Man kann das Sozialistengesetz mildern, man kann für bestimmte Fälle rechtliche Garantien hinzufügen, aber unter den Vorschlägen, welche auf Ueberführung in das gemeine Recht gerichtet sind, ist keiner bekannt geworden, welcher nicht den einen unersetzlichen Vorzug des Sozialistengesetzes beseitigte oder gefährdete, daß es nur wider sozialistische, kommunistische und anarchische Bestrebungen anwendbar ist und doch unter ihm bei legalem Gebrauche die übrigen Parteien und die allgemeine bürgerliche Freiheit nicht mitzuleiden haben. Der noch kurz vor seinem Abscheiden mit einer so verantwortungsvollen Entscheidung belastete Reichstag wird wohl eine eingehende Nachprüfung vornehmen, ob es wirklich mit einer Ergänzung des gemeinen Rechts nicht geht. Hat sie ein negatives Ergebnis und wird auch das Sozialistengesetz als Dauerrecht abgelehnt — gegen eine nochmalige Verlängerung, die fünfte, liegen bindende Erklärungen aus den Kartellparteien vor — so ergiebt sich die einfache Wahlparole, Sozialistengesetz oder nicht. Der erste Wille, ein Dilemma zu schaffen, welcher auch durch wahlpolitische Rücksichten bei der ungewissensten Gerechtigkeit der Mehrheit der Wähler, die gefährlichen Ausbrüche einer fanatischen Agitation nicht wieder freizugeben, nur gestört werden kann, wird es dazu wahrscheinlich nicht kommen lassen. Deshalb ist auch die Befürchtung, daß die Wahlen für den Reichstag in die Zeit der Erledigung der Staatsarbeiten im preussischen Landtage fallen könnten, einstweilen überflüssig und gilt nach wie vor das nächste Frühjahr als die Zeit des Wahlkampfes.“ Wir werden ja sehen!

Es kritisiert auch gegen Herrn Schweinburg. Herr v. Scholz scheint trotz seiner Rückkehr nach Berlin wenig Aussicht zu haben, die Geschäfte des Finanzministeriums wieder zu übernehmen, sonst würde sich nicht der amtliche „Reichsanzeiger“ gegen Herrn Schweinburg, den erklärten Mittelsmann des Herrn v. Scholz für die Presse, mit folgender Bemerkung wenden:

„Die „Berl. Pol. Nachr.“ entnahmen der gestrigen Nummer des „Reichs- und Staatsanz.“ ohne Quellenangabe die an dieser Stelle mitgetheilte Nachricht von dem Fortgang der Bauarbeiten an der Marienburg. Es wird erucht, in Zukunft dies zu unterlassen.“

Die „Berl. Pol. Nachr.“ bleiben die Antwort nicht schuldig. In ihrer neuesten Nummer heißt es:

„Das ist zweifellos eine selbstkündige Leistung des stellvertretenden Redakteurs des „Reichsanz.“, die wir als solche unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.“

Es scheint immerhin, als sei der Redakteur der „Berl. Pol. Nachr.“, gegen den bekanntlich ein wirthschaftlicher Verein eine Denkschrift an den Reichskanzler gerichtet hatte, an einzelnen Anlässen nicht mehr besonders gut gelitten. Dafür spricht auch, daß die „Berl. Pol. Nachr.“ an der Spitze ihrer neuesten Nummer mittheilen müssen:

„Im Bundesrathe ist mit Einkünftegleichheit die Geheimhaltung der Daten des Reichshaushaltsetats bis nach erfolgter Durchberatung desselben beschlossen worden. Diesem Beschlusse liegt vornehmlich die Erwägung zu Grunde, daß der Etatsentwurf im Bundesrathe selbst häufig noch erhebliche Aenderungen erfährt, mithin vorzeitige Veröffentlichungen nur leicht ein unzutreffendes Bild der Gestaltung des Etats gewähren.“

Herr von Scholz ist trotz seiner leidenden Augen nach Berlin zurückgekehrt; wie die Cinca sagen, um zu neuen Steuerreformatorischen Thaten sich zu rüsten, wie die Anderen rathen, um den Umzugsstermin nicht zu verpassen. Wer Herrn v. Scholz scheiden sieht, sieht dafür Herrn Dr. Miquel kommen und weiß auf die guten Leumundzeugnisse, die diesem in den letzten Tagen von der aouvernementalen Presse ausgeht worden sind. Die „Voss. Zig.“ theilt schon ein zutreffendes Signalement Miquels mit, dem wir folgendes entnehmen:

Herr Miquel ist gewandt und geschmeidig; er besitzt umfassende Kenntnisse und politische Erfahrung. Es mangelt ihm nicht an Beredtsamkeit noch an Schlagfertigkeit und ein gewisses Gefühl der Ueberlegenheit wird durch einen Zug der Selbstironie ausgeglichen. Herr Miquel übt heute über die nationalliberale Partei einen größeren Einfluß als Herr von Bennigsen. Er ist auch ein viel besserer Diplomat. Er hat sich sorglich gehütet, auch nur in Kolonialfragen

viele Vollkommenheiten in sich vereinigen könne. Darauf ver setzte ein Arabier mir einen Schlag in's Gesicht. Ich gestehe, auf dies Eine war ich nicht gefaßt gewesen. Meiner Wange geschah Recht, warum hielt sie meine Zunge nicht im Zaum. Ich bereute auch, wie ein Hund, daß ich es gewagt, ein unehrerbietiges Wort über Dich fallen zu lassen, und ich habe mir die erhaltene Lektion zu Herzen genommen. Ich werde Dich nicht mehr verleumdern. Und wenn es noch bei der Ohrfeige geblieben wäre, an dergleichen ist Unserer gewöhnt, aber jener Flegel zwang mich auch noch, mich mit ihm zu duellieren, weil ich Deinen guten Ruf angegriffen. Wie ich erfahren habe, war dieser ver rüchte Mensch ein Verehrer der Madonna gewesen, als sie noch Mädchen war, und nun schlägt er sich für die Ehre des Gatten der Madonna. Auch das ist ein unerhörtes Glück, wie es nur Dir, dem Goldmann, im Leben passiren kann. Ich bedanke mich aber für Dein Glück. Wieder mußte ich es sein, der den Preis dafür bezahlte. Ich erhielt einen Hieb über den Kopf bis herab auf die Augenbraue. Da sieh!“

Der Flüchtling schob die schwarze seidene Binde weg, unter welcher eine lange Schmarre sichtbar wurde, über die ein schmutziges Pflaster geklebt war. Die um die Ränder des Verbandes hochgeröthete Haut zeigte, daß die Wunde noch entzündet war. Tamar betrachtete sie mit Schaudern. Kristyan zog die Binde wieder über das Auge und sagte mit cynischem Humor: „Das ist das Andenken Nummer 3, das ich von Deiner Freundschaft an mir herumtrage. Nun, um so mehr sieht in der Nubrit „Haben“ für mich. In Komorn konnte ich nach diesem Vorfall nicht länger bleiben. Halt, sagte ich mir, ich weiß, wo ich ihn finde. Ich weiß, was für ein Ausland das ist, in welchem er im Interesse des Landes weilt. Es liegt nicht in einem unbekanntem Welttheil; es ist nirgends anders, als auf der herrenlosen Insel. Ich reise ihm dahin nach.“

Bei diesem Wort schrie Tamar leidenschaftlich auf! „Wie, Du warst auf der Insel?“ Er bebte vor Zorn und Schred.

„Spring nicht auf, Freundchen!“ beschwichtigte ihn der Abenteurer. „Diese Flinte ist geladen, wenn Du Dich von

der historischen Treue wegen muß ich jedoch erwähnen, daß sie die andere Wange dazu auswählte, und so war das Gleichgewicht herzustellen.“ Timars Gesicht erheiterte sich. „Ago gratias! Die hatte ich nun auch. Aber jetzt wurde ich ernstlich böse. Man lennt mich als einen unbedingten Verehrer des schönen Geschlechts, aber dieser mir angethane Schimpf verlangte Rache und Genugthuung. Nun, ich werde Dir dennoch zeigen, daß Du mit mir kommen wirst, wenn Du mich nicht hier bleiben läßt. Du wirst mir selbst folgen!“ Damit ergriff ich die Hand des kleinen Dobi, um ihn fortzuführen.“

„Verflucht!“ schrie Tamar auf.

„Nun, nun, Freundchen! Wir können nicht Beide auf einmal sprechen. Die Reihe wird gleich an Dich kommen, und dann kannst Du reden, so viel, als Dir beliebt, erst aber höre zu Ende, was ich Dir zu sagen habe. Es war nicht richtig, wenn ich vorhin gesagt, es seien ihrer nur zwei im Hause gewesen; es waren ihrer drei: jene verdamnte Bestie, Amira, war auch noch da. Der Hund hatte die ganze Zeit über unter dem Bett gelegen und that so, als beachte er mich gar nicht, als aber das Kind zu schreien anfing, stürzte die garstige Bestie, ohne daß Jemand sie gerufen hätte, unter dem Bett hervor und sprang auf mich zu. Ich hatte die Kanaille nicht aus dem Auge verloren, schnell zog ich meine Pistole aus der Tasche und schoß ihr eine Kugel durch den Leib.“

„Mörder!“ höhnte Tamar.

„Pöffen! Wenn weiter nichts meine Seele belasten würde, als dies Hundebut! Und dann krepirte der Keel nicht einmal von dieser Kugel. Nicht so viel machte er sich daraus. Er sprang nur um so wüthender auf mich los, verbiß sich in meinen linken Arm, warf mich zu Boden und drückte mich so nieder, daß ich mich nicht unter ihm rühren konnte. Umsonst bemühte ich mich, zu meiner zweiten Pistole zu gelangen; er hielt meinen Arm zwischen seinen Zähnen, wie ein Tiger. Zulezt begann ich Noemi anzuflehen, sie möchte mich von ihm befreien. Noemi wollte die wilde Bestie von mir wegnehmen, aber das wüthende Thier bohrte seine Zähne nur noch tiefer ein. Endlich sagte Noemi zu mir: Fieße das Kind an, auf sein Wort hört

gleich dem hannoverschen Oberpräsidenten in Gegensatz zu dem Kanzler zu treten. Und Niemand wird je auf den Gedanken kommen, Herr Miquel könne des Fürsten Bismarck Nachfolger werden. Deshalb ist er sichtlich eher als Herr von Bennigsen zur Mitwirkung in den Angelegenheiten des Reiches, wie die „Post“ sich ausdrückt, berufen. Herr Miquel kann Minister werden, sobald es gilt, die ganze nationalliberale Partei unbedingt vor den Wagen des Kanzlers zu spannen. Herr Miquel ist auch zum Führer der vereinigten Kartellpartei wie geboren. Er ist zwar ein Vorhändler der Demokratie in Hannover gewesen; aber er hat selbst in Frankfurt gesagt, er sei nie in der Partei aufgegangen. Er weiß stets den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Sein Liberalismus ist der Rechten weit weniger verdächtig als derjenige des Herrn v. Bennigsen. Bei letzterem giebt es eine Grenze, über die er nicht hinausgeht. Herr von Bennigsen ist noch bisweilen Idealist, Doktrinär, Herr Miquel ganz Realist, ganz Praktiker. Der Kanzler müßte Personen und Verhältnisse schlecht kennen, wenn er Herrn Miquel heute nicht für einen geeigneten Minister hielte. Als Volksvertreter hat Herr Miquel früher Steuerpläne entwickelt, welche von denen des Herrn von Scholz weit abwichen, aber Erklärliches einbringen können. Das seltsame Gesicht des Herrn v. Scholz wird erklärlicher, wenn Herr Miquel sein Nachfolger werden sollte.

Das ist Alles ganz schön, aber trotzdem glauben wir noch nicht an den Eintritt Miquels in das Ministerium. Er ist zwar noch nicht alt genug, um ohne Wunsch zu sein, aber die zahlreichen Spuren, die zum Kataraktenscheiden hinausführen, werden ihn schrecken und seine Klugheit wird ihm sagen, wie schnell aus den kommenden Männern gehende werden, denen man höhnisch nachruft: Wer einmal gegangen ist, kehrt nicht wieder. Fürst Bismarck aber wird Herrn Miquel an der Spitze der nationalliberalen Partei für werthvoller halten, denn als Träger des Finanzportefolios. Was er ihm dort leisten kann, ist höher zu schätzen, als die besten Steuerideen und zum Ueberflus hat diese ja der Reichskanzler selbst und was er für die Stelle des Herrn v. Scholz braucht, findet er — Herr Windthorst hat dafür mal der kaufmännischen Sprache einen richtigen Namen entlehnt — leicht überall.

Im Gegensatz zu mehrfachen Äußerungen in der Presse, daß der Schluss der Reichstags-Session schon vor Weihnachten in Aussicht steht, rechnet die „Post“ keineswegs auf einen glatten und einfachen Verlauf der Verhandlungen, Vorklagen, parlamentarische Vorlage und Etat, der jedenfalls Mehrforderungen für Militärzwecke und Mindereinnahmen aus Rübensteuer und Branntweinsteuer aufweisen werde, Anträge auf Befähigung eines Theils der landwirtschaftlichen Jöde und andere Gegenstände seien geeignet, viel Zeit in Anspruch zu nehmen. Die „Post“ schließt:

„Alles in Allem genommen, erscheint hiernach die Möglichkeit eines Sessionschlusses vor Weihnachten so ziemlich ausgeschlossen, und es würde damit auch die Kombination hinfällig, nach welcher die allgemeine Reichstagswahl schon im Januar stattfinden sollte. Immerhin ist es möglich, daß dieselbe am Schlusse der Session sehr rasch folge. Die alsdann noch fortdauernde Landtags-Session ist als ein entscheidender Hinderungsgrund nicht anzusehen. Jedensfalls wird es gut sein, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten.“

Der letzteren Mahnung können wir uns nur anschließen; auch wir werden in der Unsicherheit des Wahltermins eine Aufforderung erkennen müssen, in treuer Arbeit alle Vorbereitungen so zu treffen, daß, zu welchem Zeitpunkt immer die Wahlen ausgeführt werden, Alles zur wirksamen Aktion bereit ist.“

Die Vertheilung der Spezialrats zum Reichshaushaltsrat pro 1890/91 im Bundesrat ist, nachdem auch der Marineetat an die zuständigen Bundesratsausschüsse gelangt ist, so weit gehend, daß nur noch der Militär- und der Hauptetat ausstehen, beide dürften noch im Laufe dieser Woche vertheilt werden. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß der Etat bis zum 21. oder 22. Oktober, an welchem Tage der Reichstag zusammenzutreten soll, fertig gestellt sein wird. Man geht nach den „B. V. N.“ vielleicht nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Vortrag, welchen der Staatsminister v. Boetticher gestern Abend beim Kaiser hatte, u. a. auch der Einholung und Ermächtigung zur Einberufung des Reichstags gegolten hat.

Wie sehr sich durch die Massenpensionierungen in Preußen im letzten Jahre der Pensionsetat vermehrt hat, ergibt ein Vergleich nach dem Stande Ende Juni 1889 gegen Ende Juni 1888, den die „Frei. Zig.“ aufstellt. Die eingeklammerten Zahlen bedeuten diejenigen des Vorjahres. Es gab im preussischen Kontingent Pensionäre 62 (51) Generale der Infanterie und Kavallerie, 202 (176) General-Lieutenants, 220 (190) Generalmajors, 464 (440) Obersten, 497 (480) Oberstleutenants, 1104 (1061) Majors, 1121 (1052) Hauptleute und Rittmeister. Die Zahl der pensionirten Generale ist also um 61, die der übrigen pensionirten Stabsoffiziere um 153 gewachsen. Bei der Marine ist die Zahl der pensionirten Bize-

admirale von 9 auf 10, der pensionirten Kontre-Admirale von 14 auf 15, der pensionirten Kapitäne zur See von 24 auf 26 und der Korvetten-Kapitäne von 26 auf 27 gestiegen. — In vorstehende Ziffern sind diejenigen Pensionäre, welche auf dem Etat des Reichsinvalidenfonds stehen, noch nicht einbezogen.

Die Zahl der Personen, welche infolge des Krieges von 1870/71 aus dem Reichsinvalidenfonds Pensionen beziehen, beläuft sich für das nächste Etatsjahr, vom Feldwebel abwärts, auf rund 36 000, an Offizieren und Verletten aller Grade 2200, für Beamte aller Grade auf 2300 Personen, bezüglich der preussischen Militärverwaltung. Bewilligungen für Hinterbliebene der Oberklassen wurden gewährt an circa 430 Wittwen, an hundert und einige zwanzig Kinder und an drei Eltern gefallener Offiziere. An Bewilligungen für Hinterbliebene der Unterklassen kommen in Betracht 4530 Personen, außerdem 1039 Kinder und 2134 Eltern, von denen jedes Elternpaar 160 Mark jährlich erhält.

Es besteht die Absicht, mit der Ausprägung von Nickelmünzen auch im nächsten Etatsjahre fortzufahren, und zwar wird angenommen, daß etwa je eine Million Mark in Zwanzig- und Zehn-Pfennig- und etwa eine Viertelmillion in Fünfpfennigstücken zur Ausprägung gelangen wird. Die Ausprägung der neuen Zwanzigpfennigstücke aus Nickel bewährt sich außerordentlich; es wird als ein Vortheil empfunden, daß die kleinen silbernen Zwanzigpfennigstücke aus dem Verkehr allmählig zurückgezogen werden.

Die deutsche Wittungsgesellschaft hielt Montag Nachmittag in den Geschäftsräumen Puttkamer- und Wilhelmstrasse-Str. ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der 30. September war hierfür der letzte statutenmäßige Termin. Der Geschäfts- und Kassenbericht pro 1889 gelangte zur Vorlage, nachdem Konful Weber die erforderlichen Erläuterungen gegeben hatte, und wurde ohne Widerspruch beschworen. Viel Erfreuliches hatte der Geschäftsbericht nicht zu melden; derselbe umfaßt auch die Zeit vor 1889, in welcher Zeit die Gesellschaft von einem provisorischen Komitee, das auch die Kosten der ersten Expedition und der Beförderungsreise bestritten hat, geleitet wurde. Im Charakter der Gesellschaft liegt es, daß die vorgelegte Bilanz vom 31. Juli d. J. lautet; es ist übrigens die erste Bilanz, die seit dem Bestehen der Gesellschaft gezogen worden ist. Die Gesellschaft ist im Dezember 1887 gegründet worden, anderthalb Jahre vorher war aber bereits mit Kapital, das noch in der Gesellschaft haftet, gearbeitet worden. Das Gewinn- und Verlustkonto balancirt in Debet und Kredit mit 79 718,67 M., die Unterbilanz beträgt 71 331,73 M., das Konto für Gesamtkosten 72 607,09 M. Die Bilanz schließt in Aktivis und Passivis mit 444 374,94 M., das Antheilskonto in den Passivis beträgt 512 000 M., die Differenz zwischen diesen beiden Summen ergibt die Unterbilanz, das Kapital-Reservekonto beläuft sich auf 220 500 M. (die nicht eingezogene zweite Rate von 50 pCt.), das Kautionskonto bei der Post 217 M., das Konto-Korrent-Guthaben 72 730,43 M., das Baarentkonto 2987,33 M., das Gebäudekonto 15 862,79 M. Eine neueinberufende Versammlung wurde gewünscht, welche sich über prinzipielle Fragen entscheiden soll, wie z. B. ob unter der erschwerten Lage die Befähigung erfolgen soll. Die Ansicht, daß die Befähigung opportun sei, wurde im Vorlande nur schwach vernehmbar, jedoch wurde sie von vielen Aktionären vertreten.

Schweiz.

Bern, 28. September. Die Zahl der Unterschriften, die gegen das Gesetz gesammelt wurden, welches den Generalanwalt einsetzt, beträgt nach den Mittheilungen des „Schweizerischen Sozialdemokrat“ 24 845. Nicht gesagt wird, ob darin nur die bei Fürsprecher Stech eingegangenen oder auch die 1700 an die Bundeskanzlei gesandten Unterschriften enthalten sind. Die Liste ist nach dem erwähnten Blatte folgende: Aargau 419, Appenzell 11, Auser Rhoden 663, Inner Rhoden 79, Baselstadt 1128, Baselland 896, Bern 4193, Freiburg 730, Gen. 575, Glarus 637, Graubünden 805, Luzern 1666, Neuchâtel 345, St. Gallen 2036, Schaffhausen 352, Schwyz 550, Solothurn 1157, Tessin 41, Thurgau 314, Uri 178, Waadt 191, Valais 60, Zug 962, Zürich 6750, dazu 247 nicht von den Gemeindebehörden beglaubigte und 450 von ihnen gestrichene, welche also von dem Total in Abrechnung gebracht werden müssen. Verhältnismäßig groß wird man unter diesen Angaben die Ziffer für den kleinen Kanton Zug mit 962 finden und Aufsehen macht es, daß Bern, die Bundesstadt, in den Ziffern des Kantons mit 2000 vertreten ist. Hierzu schreibt ein Korrespondent der „Frankf. Zig.“: Bei der Würdigung dieser Gesamtziffer und der Einzelsysteme muß in Betracht gezogen werden, daß die sozialdemokratische Partei das Referendum sehr spät inszenirt hat; sie ließ 6 Wochen verstreichen, bevor sie den Beschluß faßte, die Unterschriftsammlung einzuleiten und verfügte infolge dessen nur noch über die weiteren 6 Wochen. Bedeutende Geldmittel standen ihr nicht zur Verfügung, so daß der Druck der Bogen und das Sammeln in den einzelnen

Gemeinden vielleicht nicht mit großer Schnelligkeit erfolgt ist. Ferner haben wir zu bedenken, daß die schweizerische Arbeiterschaft selbst den Beschluß der Sozialdemokraten nicht zu dem ihrigen machte. Das Zentralkomitee des Grütlivereins blieb neutral, seine Mitglieder sprachen in den Versammlungen nicht für das Referendum und mehrere Sektionen des Grütlivereins faßten sogar Resolutionen gegen dasselbe. Daß alle übrigen Parteien dem Referendum entgegengetreten ist, bekannt. Nur von der katholischen Partei haben sich einige Blätter dafür ausgesprochen, die einen, wie das „Basler Volksblatt“, hauptsächlich im Sinne seiner sozialen Politik, die anderen mehr aus föderalistischen Erwägungen, um nicht die Bundesgewalt zu stärken. Die katholischen Führer indessen und die leitenden Organe der Partei unterstützten die Bewegungspartei nicht, welcher es überhaupt an Verbindung mit anderen oppositionellen Elementen gefehlt zu haben scheint. Nur in den letzten zwei Wochen hieß es, Zu- zug von katholischer Seite ließe in Aussicht. Theilweise entsprang diese Auffassung der Annahme, daß die Katholiken, welche den Kampf gegen das Schulbetriebsgesetz führen, einiges Interesse am Zustandekommen eines zweiten Referendums hätten, und dem Umstande, daß manche ihrer Blätter die Schabentreuere über die Spaltung in den Reihen der Freisinnigen nicht verbargen; daneben haben es aber noch einige Journalisten darauf abgesehen, durch blinden Särm die liberale konservative Presse in Bockshorn zu jagen. Sie meldeten, die Ziffer 30 000 werde überschritten werden. Dätten die Katholiken sich auch unter der Hand der Sache ein wenig angenommen, so wäre dies ohne Zweifel der Fall gewesen; es sind aber bloß vereinzelte kleine Kontingente, die sie zum Theil in Zürich, Basel und Luzern aufboten, und hier waren es wieder vorzugsweise ein paar katholische Arbeitervereine, welche die Unterschriften lieferten. Da wir nun wissen, daß die Sozialdemokraten als organisierte Partei bei Schweizerischen Wahlen nur über wenige Tausend Stimmen verfügen, ist die Zahl der von ihnen zusammengebrachten Unterschriften ansehnlich der geschätzten Umstände eine unerwartet große. Es haben sich ihnen, wo sie durch ihre Leute Bogen in Airtalation zu setzen in der Lage waren, auch Männer anderer Parteien angeschlossen, darunter, wie manche Einzelresultate, die gelegentlich bekannt wurden, uns lehren, auch bäuerliche Elemente. Ohne Zweifel herrscht gegen die Ausdehnung der Fremdenpolizei in weiten Kreisen der Bevölkerung ein starkes Mißtrauen und wäre in einer Volksabstimmung die Zahl der das Gesetz über den Generalanwalt Verwerfenden aus Unmuth über die ganze Polizei-Aera eine nicht unbedeutende gewesen. Daß man dieses Mißtrauen durch die Vermeidung von Maßregeln, welche sich nicht auf das Recht stützen können, beseitige, und daß der Generalanwalt gerade in dieser Richtung sich thätig erweise, dürfte die Ruhonwendung sein, welche aus dem relativen Erfolge der Unterschriften sonach zu ziehen ist.

Soziale Uebersicht.

Arbeiter Deutschlands! Am 23. September haben über 300 Arbeiter der Fabrik für Elektrotechnik von Schuderer & Co. (Kommanditgesellschaft) in Nürnberg die Arbeit eingestellt. Die Ursache der Arbeitseinstellung ist die plötzliche Maßregelung des früheren Vorstehenden des Fachvereins der Schlosser und Maschinenbauer Nürnbergs, Carl Breder.

An dem Streik sind theilhaftig: Schlosser und Maschinenbauer, Monteure, Feinmechaniker, Metallbrüder, Schmiede, Plätscher, Ladrer, Schreiner, Glasschleifer und Hilfsarbeiter aller Art.

Wie bei allen Streiks, so wird auch bei diesem wieder in größtmöglicher Weise gelogen und die Sache der Arbeiter districirt. Eine vom Fabrikbureau in die hiesigen Zeitungen lancirte Notiz lautet:

„In der Schuderer'schen Fabrik wurde verflorenen Sonnabend ein Arbeiter wegen ungebührlicher Agitation entlassen. Gestern blieb nun etwa der dritte Theil (Unwahrheit! Es sind mindestens 4 Theile, nur Handlanger sind noch beschäftigt und es ist Aussicht, daß auch diese noch die Arbeit einstellen. Red. der „Metallarbeiter-Zeitung.“) der Arbeiter aus und verlangte unter Androhung des Streiks durch eine Deputation die Wiedereinstellung des Entlassenen. Diesem Verlangen konnte nicht stattgegeben werden, da das ganze Vorgehen erkennen ließ, daß es sich nicht sowohl um den erwähnten Fall, als darum handelte, die Leute aufzuheben und unzufrieden zu machen. War den Anstiftern dieser Bewegung nur darum zu thun, die Wiedereinstellung des entlassenen Arbeiters zu erreichen, so war es ganz überflüssig, zur Arbeitseinstellung zu greifen, es genügte vielmehr, eine Beschwerde den Chefs in ordnungsmäßiger Weise vorzubringen. Wenn ein derartiges Vorgehen geduldet würde, so wäre es um Ordnung und Frieden in den Fabriken bald gethan. Es ist zu hoffen, daß der besonnenere Theil der Arbeiter dies einseht und das gute

Da kooft ich im Jemmeladen
Und mächtig schwellen meine Waden.
An diesem Anblick, Freund, dich weide
Und mer! Das kommt von der Jeteide.
Und wenn du's selbst mir auch nicht gloßt
Jehn Zentner es ich jährlieh Obß.

Noch ein anderer sprach sich sehr warm für das letztere aus, dabei ebenfalls der Vergangenheit gedenkend:

Als ich einst Ragenschmerzen kriegte
Griff ich vertrauensum Gefriichte.
Ich laute Aepfel, Kirsch' und Pflaumen,
Bald war es Wolne meinem Gaumen.
Ja, bei dem süßen Saft der Birne
Verschwand die Falte auf der Stirne,
Und Amor such mich auf, der lose,
Nach dem Genuß der Aprikose.
Drum brech' für Obst ich eine Lanze
Vom Apfel bis zur Pomeranze.

Sehr wirksam war es auch, als sich plötzlich ein Freund der Pflanzenkost erhob und kurz und bündig ein reuiges Bekenntniß über das Einst mit einem Hoch verband. Er sagte:

Auch ich hab' einst in Fleisch gefündigt,
Doch längst ward solche Kost gefündigt,
Ich ruh's und schwenke meine Rüge:
Hoch leb' die Grüge!

Wieder ein anderer, der sich ebenfalls gebessert, trat mit dem Geständniß vor:

Wie manchmal trank ich einen Ganzen,
Wie manchmal brannte hell der Durst,
Heut' schwelg' ich wönnig nur in Pflanzen
Und alles and're ist mir Wurst.

Das Wort Wurst wurde dem Redner übrigens übel vermerkt und man wäre gewiß der Abtinnung, ob der Ausdruck parlamentarisch sei, geschritten, wenn nicht ein alter Herr sich erhoben, und seinen Haß gegen die Fleischesser in folgenden Worten Luft gemacht hätte:

Was für's das Leben ohne Korn?
Ein fürchterlicher Leidensborn!
Drum treffe den des Himmels Jörn,
Der Thiere speiset, die ein Dorn
Am Kopfe tragen seitlich vorn,
Der Hammel, Schweine oder Kälber,
Geflügel, Rind und Rüssel selber,
Der nach des Hasen Leben trachtet,

der Hund. Ich richtete nun mein Fehen an Dobi. Der Junge ist gutherzig, er hatte Mitleid mit mir und umschlang Almira mit seinen Armen. Darauf ließ der Hund los und ließ sich von dem Rinde küssen.“ Ueber Timars Wange rann eine Thräne. „So wurde ich auch hier mit einem Denkzeichen abgefertigt,“ sagte Theodor Kristijan, indem er den schmutzigen, blutbespuckten Hemdärmel am linken Arm emporstreckte. „Sieh hier die Wundenmale vom Biß des Hundes. Alle drei Fangzähne sind durchs Fleisch bis an den Knochen gedrungen. Das ist das Andenken Nummer 4, das ich von Dir habe. Ich trage auf meiner Haut ein ganzes Album von Wunden mit herum, die ich alle Dir zu verdanken habe: das Brandmal, das Kettenmal, den Säbelhieb und den Hundebiß, es sind lauter Erinnerungszeichen an Deine Freundschaft. Und jetzt sage mir, was ich mit Dir thun soll, damit unsere Rechnung ausgeglichen sei?“ (Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

In Köln tagte jüngst der Vegetarianer-Kongress. Von den Tischgesprächen und den eingelassenen Telegrammen, die meist eine poetische Fassung aufwiesen, theilt Wirklichkeit und eigene Erfindung ineinandermischend, ein Berichterstatter der „Neuen Rheinischen Musik-Zeitung“ Einiges mit. Da verhierte einer:

Einst ob ich Fleisch — fast schäm ich mich's zu sagen —
Mit Wolne sogar und sehr viel.
Da ward es plötzlich Tag in meinem Magen,
Nur Pflanzenkost war nun mein Ziel.
Und it's der Letzte oder Erste
Ich esse Gerste.

Ein anderer meinte:
Gewiß, auch Carnivoren haben Muth,
Auch wissen sie zu schätzen Ehr und Gut,
Doch noch gewisser ist: Es macht viel braver
Greißt häufig man mit Appetit zum Haser.

Ein Berliner versicherte:
Sonst speiß' ich Ochsen, Kalb und Schweine,
Doch dünner wurden meine Beine.

Kurz, einfach, was ihm pafset, schlachtet!
Ein solcher Mensch, er sei verachtet!!!

Donnernder Applaus folgte diesen Worten, alles drängte sich herzu an den Redner, um ihm die Hand zu schütteln, und bei diesem Geräusch wurde die folgende Verherrlichung des Vegetarianer-Küche etwas undeutlich:

Der rechten Rinde A und B

Das ist ein gutes Omelett.

Am Berge, unten, auf der Kuppe,

Stets schmeckt die Chokoladenuppe,

Auch wird man finden, daß der Pudding

Zu allen Zeiten ist ein gut Ding.

Und dann, wie lecker und bequem

Ist sich ein süßer, weicher Crème.

Wie stärkend ist ein Teller Reis,

Wer ihn gegessen 'mal, der weiß.

Auch wurde stets noch der geschiedter,

Der Liebe saßt zu Pflanzenkräuter,

Und wahre, echte Menschenzungen

Nißt Limonade ein der Jugend!

Nie hat gesehn man Reid und Haser

Bei Anhängern von Selterswasser,

Und nur die Kraft der Kohlenfäure

Sei's, die der Jugend Herz ankre'te;

Fort mit dem Biere, mit dem Wein,

Den Vätern von des Raters Bein.

Und glücklich, wer ein solcher Esser,

Daß Gabel blutlos bleibt und Messer.

Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Wir bleiben die Naturgemäßen

Und fern von Wein- und Biergefäßen.

Und ob wir sitzen oder tanzen:

Wir essen Pflanzen!

Von einer Veränderung auf der Oberfläche des Mondes wurde die astronomische Zentralstelle in Kiel am 14. September aus Genf telegraphisch benachrichtigt. Das Telegramm lautet nur ganz kurz, daß der Astronom Professor Thury in der Mitte des Kraters Plinius eine Veränderung beobachtet hat. Man muß also noch auf nähere Nachrichten über die Beobachtungen von Prof. Thury warten, darf aber auf dieselben gespannt sein, da die Frage, ob überhaupt noch in der Jetztzeit größere Veränderungen auf der Mondoberfläche vor sich gehen, bisher eine ungelöste, für die Astronomen aber sehr wichtige und interessante ist.

Einvernehmen, welches stets in dem Schuler'schen Etablissement zwischen Unternehmer und Arbeitern bestanden hat, auch ferner ungeändert bleibt.

Demgegenüber stellen wir folgenden Bericht der Streit-Kommission:

Bekanntlich haben die Arbeiter der Fabrik in diesem Jahre die 10 stündige Arbeitszeit, Vergütung der Ueberstunden mit 25 pCt., sowie eine allgemeine 10 procentige Lohnerhöhung erlangt. Wie es nun gewöhnlich der Fall ist, suchen die Fabrikanten, welche sich stets wieder hinterhaken lassen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter illusorisch zu machen. Schon hat in dieser Fabrik Arbeiter, welche bei Eintritt der Lohnerhöhung erst 14 Tage oder 3 Wochen dort beschäftigt waren, zuerst die Erhöhung gezahlt, nach 2 oder 3 Wochen dieselbe diesen Arbeitern wieder entzogen mit der Motivierung, daß, wenn sie (die Arbeiter) erst länger beschäftigt seien, sie die Erhöhung wieder bekommen sollten. Trotzdem der damaligen Kommission das Versprechen gegeben wurde, daß bei allen Arbeiterarbeiten die 10 pCt. bezahlt werden sollten, wurde dieses Versprechen von den maßgebenden Persönlichkeiten gebrochen und das Günstlingswesen der Vorarbeiter war wieder in Floria. Bei all diesen Mißständen verlangt man aber noch von den Arbeitern, über die Geschäftsverhältnisse in der Öffentlichkeit kein Wort zu verlieren. Unser gemäßigter Kollege Breder, welcher bei allen Gelegenheiten von seinen Kollegen beauftragt wurde, ihre Wünsche an maßgebender Stelle zu vertreten, wurde von einem oder mehreren Denunzianten beschuldigt, das große Verbrechen begangen zu haben, über die Geschäftsverhältnisse in der Öffentlichkeit gesprochen zu haben, welches

„Verbrechen“ darin besteht, daß derselbe bei einer aus Anlaß einer vor drei Wochen stattgefundenen Beeridigung stattgehabten Zusammenkunft von seinen Kollegen angepöbel wurde, wogegen Breder sich verwahrt und die Bemerkung erlaubte, daß die Arbeiter fernerhin kollegialisch beisammen sein sollten, auf daß, wenn man einmal an ihrem Zusammengehörigkeitsgefühl zu rütteln versuchen sollte, man den nöthigen Widerstand finde. Von den Denunzianten ist die Geschäftsleitung in der Weise angelogen worden, daß man Breder beschuldigt, bei dieser Gelegenheit gesagt zu haben, er wolle am 1. Mai nächsten Jahres die achtstündige Arbeitszeit einführen, (!) wovon jedoch gar kein Wort gesprochen wurde. Ohne nun unsern Kollegen Breder Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen, wurde derselbe am Sonnabend, den 21. September, Abends nach 6 Uhr in das Komptoir sitirt, woselbst für ihn alles bereit lag. Es wurde ihm der Lohn für diese Woche gleich mit ausbezahlt, so daß derselbe die Fabrik nicht wieder zu betreten brauchte. Man glaubte auf diese Art den „Räbelsführer“ am besten entfernen zu können. Die Arbeiter hatten aber so viel Solidaritätsgefühl, diesen Schlag als einen solchen aufzufassen, welcher nicht nur auf den Gemüthsgehalt gemünzt war, sondern auf die gesammte Arbeiterfrage. Wenn man uns vorhält, wir hätten das Geschäft dadurch über-rumpelt, daß wir am Montag Früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, so erwidern wir darauf: das Geschäft hat uns über-rumpelt, weil es unseren Kollegen Breder in dieser Weise auf's Pfahler setzte. Und Druck erzeugt Gegendruck.

Arbeiter Deutschlands, wir appelliren an Euer Solidari-tätsgefühl, helft uns diesen Kampf siegreich zu Ende führen,

wir betreten die Fabrik nur wieder mit unserem gemäßigten Freunde!

Alle Briefe u. an Konr. Derrmann, Ohmstraße 2, 3 St., Nürnberg.

Der Bezug ist strengstens fernzuhalten! Die Firma Willing u. Piolet theilt uns mit, daß bei der selben Niemand freist, sondern daß „acht Mann wegen ungebührlichen Betragens“ entlassen worden sind. — Der Ver-band deutscher Mechaniker wird der Sache wohl noch näher treten.

Die Bemerkung in unserer Nr. 228 über die Unter-stützung der Feilenhauer war insofern nicht richtig, als die Unterstützung nicht von den Lithographiefabrikanten, sondern von den Stein-druckern und Lithographen herrührt.

Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

A. G. Braunstraße. Nach den Bestimmungen der meisten Miethekontrakte ist der Wirth zur Ermiffion berechtigt, wenn die Miethe nicht an dem im Kontrakt vorgeschriebenen Tage gezahlt wird. Er verliert aber sein Ermiffionsrecht, wenn er die Zahlung der Pränumerandomiethe annimmt.

A. S. Es hängt ganz vom Ermessen der Behörde ab, ob die Naturalisirung eines Ausländers genehmigt wird. Der Antrag ist unter Beifügung eines Geburtsattestes an das hiesige Polizeipräsidium zu richten. Fügen Sie auch Bescheinigungen der Polizeibehörde von Marienburg bei.

Theater.

Mittwoch, den 2. Oktober.

Spernhaus. Keine Vorstellung.

Schanzspielhaus. Brigitta.

Deutsches Theater. Fausts Tod.

Loffing-Theater. Das letzte Wort.

Prinzess-Wilhelms-Adeliches Theater. Der Mikado.

Reichens-Theater. Fernande.

Wagner-Theater. Der rechte Schlüssel.

Waldow-Theater. Stianen in Afrika.

Abend-Theater. Hinko, oder: König und Freisachs. Mit einem Vorspiel: Der jüngere Sohn.

Schönhaars-Theater. Der Zauberlehrling.

Städtisches Theater. „Ne seine Familie.“

Central-Theater. Beichtet Blut.

Adolph Ernst-Theater. Flotte Weiber.

Gebr. Richter's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Zum heutigen Wiegenfeste unserm Stamm-wirth „Zum lustigen Stiefel“ ein dreimal don-nerndes Hoch! daß die Staligerstraße wackelt und die Stiefelspitze ruppelt. 16
Die rothen Reichsbäder. Vater Braunsdorf.

Große öffentliche Metallarbeiter - Versammlung aller Branchen

am Mittwoch, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, im Wedding-Bart, Müllerstraße 178.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Gottfried Schulz über: „Gewerkschaftliche Organisationen und ihr Nutzen.“
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Grosse Versammlung des Sozialdemokr. Wahlvereins j. d. 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis

am Donnerstag, den 3. Oktober 1889, Abends 8 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Abrechnung des Kassirers.
2. Statuten-berathung und Wahl des Vorstandes.
3. Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage.
- Referent: Gottfried Schulz.
4. Diskussion.
5. Verschiedenes und Fragekasten.

— Zutritt für Jedermann. — Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Bitte lesen Sie!

Im Verlag verfallene Winter-Paletots, sowie Anzüge, einzelne Jaquets, Gosen, Hüte, Stiefel, Wäsche, Uhren, Betten, Reise- u. Holzboxen u. Alles in alt und neu sehr billig zu verkaufen bei 1745

A. Wergies, Halberstr. 127.

Bitte aber sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Große öffentliche Formerverammlung

am Mittwoch, den 2. Oktbr., Abends 8 1/2 Uhr, in Gottschalk's Lokal (früher Huth), Badstr. 22.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme betreffs der Arbeitseinstellung in der Schwarzkopff'schen Metallgießerei wegen Mahrregelung. Referent Kollege H. Körken.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Berliner Theater.

Mittwoch, den 2. Oktober: Die wilde Jagd.

Donnerstag, den 3. Oktober: Der Schwaben-Kreid.

Montag, den 7. Oktober: Demetrius.

Circus Busch.

Friedrich-Karl-Ufer.

Heute große Extra-Vorstellung.

2. Gastspiel der Atlethin Miss Victorina. Ferner Auftreten der vorzüglichsten Reitskünstler und Reitskünstlerinnen, sowie Vorführer der bestadressirten Schul- und Freizeitspferde. Alles Nähere die Plakate.

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutes nur 1 Mk. 50 Pfg.

Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer Uhren. Verkauf zu Fabrikpreisen. 1190]

E. Rothert, Uhrmacher.

1. Geschäft: Andreasstr. 62.
2. Geschäft: Chausseest. 78.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme.

Emil Franke, Haarbrückerstraße 6, neben Brauerei Böhm.

Reparatur-Werkstätte. Theilzahlung. 1716

Bettfedern, Daunen, Gänsefedern,

staubfrei, à Pfd. v. 1 Mk. an bis zu den feinsten Daunen. Fertige Betten in großer Auswahl empfiehlt

H. Glaser, Grüner Weg 47, 1 Treppe.

American-Theater.

1865
Dresdenerstr. 55.
Täglich Vorstellung.

Vassage 1 St. 9 M. — 10 H.
Kaiser-Panorama.

In dieser Woche:

1. ersten M.: Petersburg und Gemächer der Kaiserlichen Schloßer u.
- Real IV. Gqd.: Pariser Welt-Ausstellung.

Im Ausstellungspark: III. Gqd. der Pariser Welt-Ausstellung.

Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

Möbel- u. Polsterwaaren

empf. zu billigen Preisen bei guter reeller Arbeit Tapezier.

Robert Fischer, 85, T. Mantuffelstr. 85, 1. Rein Baden. 1614

Berlin S. **A. Schulz,** Berlin S.

Nr. 34. Wasserthorstraße Nr. 34.

Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.

Gediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Constante Zahlungsbedingungen.

F. Pietsch, Tanz-Institut,

Dresdenerstraße 10.

Ein neuer Lehrkurs für Damen und Herren beginnt Sonntag, 6. Oktober, Nachm. 4 Uhr, Mittwoch, 2. Oktober, Nachmittags 4 Uhr ein Kursus für Kinder. Meld. Adalbertstr. 93 und bei Beginn des Unterrichts. 1704

„Die Nord-Wacht“

Wochenblatt für das arbeitende Volk.

Erscheint einmal wöchentlich, jeden Sonntags, achteitig, zum Abonnementspreise von 1 M. vierteljährlich und 35 Pf. monatlich.

„Die Nord-Wacht“ ist in der kurzen Zeit ihres Bestehens zu einem der beliebtesten Organe in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiter geworden. Im volkstümlichen Tone gehalten und nach dem Grundsatz: „Alles für das Volk und Alles durch das Volk“, nur auf die Interessen des arbeitenden Volkes bedacht, tritt sie entschieden ein für durchgreifende soziale Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet und eine freie politische Entwicklung auf politischem Gebiet.

„Die Nord-Wacht“ bringt vorzügliche politische und sozialpolitische Leitartikel und Abhandlungen, Reichstags- und Landtagsberichte, eine umfassende politische Uebersicht, genaue Berichte über alle Vorgänge auf gewerkschaftlichem Gebiet, über Krankenkassenwesen u., eine gebiegene Unterhaltungslektüre, sowie Originalkorrespondenzen aus allen Theilen Deutschlands. Der Arbeiterbewegung aller Länder widmet „Die Nord-Wacht“ ihre ganz besondere Aufmerksamkeit und orientirt ihre Leser über alle diesbezüglichen Vorgänge.

„Die Nord-Wacht“ ist in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 4320 eingetragen.

Abonnements nehmen alle Kaiserlichen Postanstalten, die Filial-Expeditionen und Kolporteurs entgegen. Zu zahlreichem Abonnement ladet ein

Redaktion und Verlag der „Nord-Wacht“.

F. Kühn, Bant-Wilhelms-Hafen.

Geschäftseröffnung am 1. Oktober.

Albert Auerbach,

Berlin S., Gottbuser Damm 7.

Schuh- und Stiefel-Lager für Herren, Damen und Kinder.

Reelle Bedienung. — Feste Preise. 1740

Den Lesern dieser Zeitung

5 pCt. Rabatt.

20 M.	eleg. Winter-Paletots mit Wollfutter.
20 M.	elegante Herren-Jaquet-Anzüge.
7 M.	gediegene Winter-Stoffhosen.
5 M.	Knaben-Stoff-Anzüge.
3 M.	Knaben-Winter-Paletots.
36 M.	elegante Kammgarn-Anzüge.
10 M.	elegante Joppen.

Antanisch gestattet. Nach anserhalb gegen Nachnahme.

Gebr. Neustadt,

Jerusalemstraße 41 (Gde Krausenstraße).

Nur 1 Mark [1743
kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gefagt.

Eleser, Uhrmacher (Fochmann),
Hannstraße 15, Gde Mariannenstr.

Eine freundliche Schloßstelle zu verm. Forsterstraße 37, v. 3 T. lmts. 41

Sophabezüge!

Reife von 3 1/2 - 5 Meter spottbillig.

Emil Lefevre, Granienstr. 158.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

Gr. Lager, bill. Preise!

Emil Hoyn,
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theils nach Uebersicht.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren,

höchst reell zu Fabrikpreisen, ganze Ausstattungen, mahagoni und nussbaum. Großes Lager von Kissenmöbeln. [1863

A. Seifert, Tischlermeister,
Röpnickerstraße 147.

Die Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse

der Tischler u. s. w. bei Lorenz, Mantuffelstr. 41, befindet sich während des Umbaues im Hinterhause part.

Handwerker, Gesellen, Purschen

können Unionstraße 88, part., herrschaftliche getragene Dosen für 3-5 M., komplette Anzüge für 8-10 M., Jaquets, Röde für 4-7 M. auch billige Sommerpaletots kaufen. [1207

Edsten Nordhäuser,
Eiter 80 Pf., im Restaurant von **Emil Böhl, Frankfurter Allee 74.** [19

Wein-Bureau ist geöffnet von 8-7 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr. 1592

Wolfgang Heine,

Rechtsanwalt, Alexanderstr. 60, II.

Arbeitsmarkt.

Eine Frau zum Zeitungsaustragen sucht **G. Pirch, Veteranenstraße 10.** 14

Schraubendreher verlangt **Angermann & Schultz, Krausstr. 4/5.** 15

Grundirer

für Goldleisten finden dauernde und lohnende Beschäftigung 1696

B. Gross,
Leipzig, Eilenburgerstraße.

Fitzschau-Wenderrinnen gesucht bei hohem Lohn Stallschreiberstraße 1 II. [1744

Der Arbeitsnachweis

verlangt Töpfergesellen nach auswärts Näheres von 8-9 Uhr Abds. Dresdenerstr. 116. Der Vorstand des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer.

Schutz des Arbeitslohnes gegen Abzüge und Beschlagnahme.

Der Arbeitslohn ist in der Regel kaum zur vollkommenen Erhaltung einer einzelnen Person, fast niemals zur genügenden Ernährung einer Familie ausreichend. Daraus folgt, daß alle Angriffe auf den Arbeitslohn, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses erfolgen, über lang oder kurz dahin zurückwirken müssen, daß der Arbeitslohn erhöht werden muß. Wir müssen dies an einem Beispiel erläutern und können dazu eine Thatsache benutzen, die in neuester Zeit viel von sich reden macht.

Unter dem Vorgeben, daß die Maul- und Klauenseuche zu bekämpfen wäre, ist die Schweinefleisch- und Ochsenfleisch-Verordnung erlassen worden. Dadurch sind die Preise für Schweinefleisch und Fett (zuletzt zu Gunsten der reichen Gutsbesitzer) sehr erheblich, um fast 40 pCt., gestiegen. Der Lohn der oberirdischen Bergarbeiter stand so, daß er bei den alten Preisen schon zur Ernährung der Arbeiter nicht hinreichte. Die Mahrung des Arbeiters kann das fehlende Fett an die Dauer nicht entbehren. Wenn nicht eine gewaltsame Rückwirkung eintreten soll, wird also von den Unternehmern dafür gesorgt werden müssen, daß die Arbeiter das zur Erhaltung des Körpers nötige Fett sich wieder verschaffen können. Ob dies nun durch Lohnzulage geschieht, oder ob die Unternehmer durch sogenannte „Wohlfahrts-Einrichtungen“ sich die Kosten zu verbilligen suchen, indem sie selbst das Fett, das sie im Großen billiger einkaufen können, den Arbeitern zu den alten Preisen liefern, das bleibt sich gleich, die Erhöhung der Fettpreise ist ein Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter von außen, außerhalb des Arbeitsverhältnisses, und die Kosten dieses Angriffes, der zuerst zwar den Arbeiter hart trifft, trägt zuletzt der Unternehmer. (Rebendei gesagt, hätten wir Arbeitskammern, so würden dieselben beim Eintritt solcher Ereignisse sofort einschreiten und in friedlicher Art die Lohnherabsetzung festsetzen. Jetzt wird es hierher wohl wieder zu kompromittierten Zudungen kommen müssen.) Da also durch solche von Außen kommende Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter die Unternehmer geschädigt würden, sind die Unternehmer sehr bedacht, dieselben von den Arbeitern abzuhalten, um so mehr, als die Unternehmer sich dadurch den Anschein besonderer „Arbeiterfreundlichkeit“ geben können, während sie doch nur eigene Interessen verteidigen.

Ganz anders verhalten sie sich, wenn es gilt, die Lebenshaltung der Arbeiter innerhalb des Arbeitsverhältnisses zu schädigen, wenn es sich darum handelt, Lohnherabsetzungen in allerlei Formen vorzunehmen, oder einen großen Teil des Arbeitslohnes wieder zurück in ihre Taschen zu leiten. Hier ist der Vorteil immer auf Seiten der Unternehmer. Wenn sich auch der Lohnabzug vielleicht nicht für die Dauer behaupten läßt, im Augenblick wenigstens vermehrt oder erleichtert er den Profit des Unternehmers.

Was besonders werden die Unternehmer die Art des Angriffes auf die Lebenshaltung der Arbeiter stets bevorzugen, welche die Form des sogen. „Arbeitslohn-Systems“ annimmt, d. h. die Form, in welcher man dem Arbeiter den geschuldeten Lohn teilweise wieder abnimmt, indem man ihm an Stelle des Geldes Waaren mit Profit liefert.

Man erreicht dadurch den Vorteil, etwaigen Klagen der Arbeiter über schlechte Bezahlung durch die Angabe des „rechnungs-mäßigen“ Lohnes entgegenzutreten zu können und doch inhaltlich nur viel geringere Löhne zu zahlen. Es kann deshalb nicht verwundern, daß diese Art der Arbeiterausbeutung bei den Unternehmern so beliebt wurde, daß ein Uebelstand daraus entstand, der zuletzt das Einschreiten der Gesetzgebung notwendig machte.

Wir finden als den ersten und ursprünglichsten Arbeiter-Schutz darum in den meisten Staaten Bestimmungen, die dieses „Arbeitslohn-System“ mehr oder weniger einschränken.

Dies ist auch in der Gewerbeordnung des Deutschen Reiches geschehen und lautet hier der § 115 folgendermaßen:

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihren Arbeitern baar in Reichswährung auszuzahlen. Sie dürfen denselben keine Waare kreditieren. Die Verabfolgung von Lebensmitteln an die Arbeiter fällt, sofern sie zu einem die Anschaffungskosten nicht übersteigenden Preise erfolgt, unter die vorstehende Bestimmung nicht; auch können den Arbeitern Wohnung, Feuerung, Landnutzung, regelmäßige Beschäftigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden.

Wir müssen nun zuerst unsere Leser bitten, diesen Paragraphen mit uns ganz scharf anzusehen. Er enthält drei Theile:

1. er bestimmt die Baarzahlung des Lohnes;
2. er verbietet das Kreditieren von Waaren, mit Ausnahme von Lebensmitteln, zum Selbstkostenpreise;
3. er schränkt die Baarzahlung des Lohnes ein, indem er bestimmt, daß gewisse Leistungen der Unternehmer bei der Lohnzahlung angerechnet werden dürfen.

Es möchte wohl ein Jeder, der Gefühl für Gerechtigkeit im Ausdruck hat, einsehen, daß die Zusammenstellung der Paragraphen nicht ganz richtig ist.

Der Abschnitt 3 müßte unmittelbar hinter dem Abschnitt 1 kommen; denn er giebt die Ausnahme an, in welcher „Anrechnung“ statt „Baarzahlung“ erfolgen kann.

Der Betrag für kreditierte Lebensmittel darf bei der Lohnzahlung nicht angerechnet und nicht in Abzug gebracht werden.

Der § 115 sagt nur, daß es nicht verboten ist, dem Arbeiter Lebensmittel zum Selbstkostenpreise teilweise abzugeben, aber nicht, daß nun der Betrag dieses Kredites auch bei der Lohnzahlung angerechnet werden kann. Ein Unternehmer, der dies thun würde, machte sich strafbar nach § 146.1, der für diesen Fall eine Geldstrafe bis zu 2000 Mark oder Gefängnis bis zu sechs Monaten festsetzt.

In diese Strafe verfällt jeder Unternehmer schon dadurch, daß er einem seiner Arbeiter andere Waaren, als Lebensmittel zum Selbstkostenpreise auf Kredit giebt, und auch dadurch, wenn er den Betrag der kreditierten Lebensmittel bei der Lohnzahlung anrechnet. Er muß warten, bis ihm der Arbeiter diese kreditierten Lebensmittel aus freiem Willen bezahlt.

Zu dem Abschnitt 3 ist noch zu bemerken, der Preis von Wohnung, Feuerung u. s. w. kann vom Unternehmer beliebig mit dem Arbeiter „vereinbart“ werden, er ist da an die Bestimmung, daß der Preis die Anschaffungskosten nicht übersteigen darf, nicht gebunden, diese Bestimmung gilt nur für kreditierte Lebensmittel.

Die Bestimmung muß eine regelmäßige sein, d. h. es muß dem Arbeiter regelmäßig (alle Tage), entweder nur eine oder auch regelmäßig täglich mehrere Mahlzeiten geliefert

werden. Wenn dem Arbeiter nur ins Belieben gestellt ist, ob er eine Mahlzeit nehmen will oder nicht, oder wenn ihm nur bei besonderer Gelegenheit, vielleicht bei Nachtarbeit, bei Arbeit entfernt von der Wohnung, einzelne Mahlzeiten geliefert werden, so fielen das nur unter das erlaubte Kreditieren von Lebensmitteln, die zwar zum Selbstkostenpreise angerechnet, aber am Lohn nicht einfach abgezogen werden dürfen.

Der § 115 ist durch folgende Urtheile des Reichsgerichtes noch ergänzt und erweitert worden.

1) Urtheil vom 22. September 1882 (Bd. IV, S. 706). Die von einem Gewerbetreibenden oder den ihm gesetzlich gleichgestellten Personen auf Anrechnung des Lohnes an die Arbeiter erfolgte Aushändigung von Marken, auf welche bei dritten Personen Lebensmittel entnommen werden können, ist unstatthaft und strafbar.

2) Urtheil des R.-G. vom 23. November 1882 (Bd. IV, S. 834). Die Berechnung von Blechmarken bei der Lohnzahlung an die Arbeiter fällt unter das Strafverbot des § 115, Abschn. 1 der R.-G.-O.

3) Urtheil des R.-G. vom 20. April 1886 (Bd. VIII, S. 304). Die Berechnung von Vorschußzetteln (auch für kreditierte Lebensmittel) bei der Lohnzahlung fällt auch dann unter das Verbot der Gewerbeordnung, wenn der ganze Lohnbetrag baar ausgezahlt, dann aber vor Uebergabe des Geldes an den Arbeiter mit Zustimmung desselben der dem Vorschußzettel entsprechende Betrag abgezogen wird.

Durch diese drei Erkenntnisse kann überall dem Markennutzen und dem Abzug von Lohn für kreditierte Lebensmittel sehr wirksam entgegengetreten werden, wenn die Arbeiter sich einigermaßen energisch zeigen. Die Anzeige braucht durchaus nicht von einem der Geschädigten zu erfolgen, es liegt hier kein sogenanntes „Antragsdelikt“ vor, keine Straftat, welche nur auf Antrag des Geschädigten verfolgt wird, wie zum Beispiel bei leichter Körperverletzung, es genügt, daß die Uebertretung mit Angabe von Zeugen bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft angezeigt wird. Wer die Anzeige macht, das ist gleichgültig.

Wir bitten unsere Leser, sich das hier Gesagte recht zu durchdenken. Wir werden in einem folgenden Aufsatze eine Anwendung des § 115 auf den Abzug von Fabrikstrafen und Reaktionen auf Grund von Fabrikordnungen erörtern, und es wird dazu nötig sein, Sinn und Wortlaut des § 115 genau gefaßt zu haben. Außerdem betrachten wir solche Erörterungen als willkommene Denkwürdigkeiten für unsere Freunde, die lernen wollen, folgerichtig zu denken und Begriffe scharf zu scheiden. Wir halten solche Uebung für ungemein wichtig, und Rechtsfragen sind nächst mathematischen Erörterungen, welche letztere aber mehr besondere Vorkenntnisse voraussetzen, dazu ganz besonders geeignet.

(„Solidarität“).

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 3. Oktober, Nachmittags 5 Uhr. Einige Pensionirungs-, Anstellungs- und Unterstützungsfälle. — Ein Naturalisationsgesuch. — Vorlage des Ausschusses für Petitionen. — Wahl des ersten Stellvertreters für die Abgeordneten der Stadt Berlin zum Kommunal-Landtage. — Bericht über die Petitionen, betr. die Benennung der Straße 29, Abtheilung VII des Bebauungsplanes, sowie die Gewährung einer Entschädigung für Explosion eines Stubenofens seitens der städtischen Feuer-Societät. — Desgl. über die Vorlagen, betr. a. den Austausch von Terrain zur Straße 76 gegen städtischen Grundbesitz in der Schulstraße, b. den Verkauf einer städtischen Parzelle an der Verlebergerstraße, c. die Gewerlung fiskalischer Straßenlandes in der Umgebung des kleinen Tiergartens, d. die Mietung eines Lagerplatzes des Anhalter Bahnhof zum Bau einer Rathswaage. — Vorlage, betr. die Nachweisung der im Vierteljahr April-Juni d. J. vorhanden gewesen öffentlichen Gas- und Petroleumlaternen, sowie der durch die städtischen Gasanstalten gespeisten Privatlammen. — Desgl., betr. den Verkauf eines Trennstücks des Gemeindegartens Kottbuser-Ufer 4. — Desgl., betr. die bei der Kasse des Gefindepelohnungs- und Unterstützungsfonds im Rechnungsjahre 1889-90 vorgekommenen Staatsüberschreitungen. — Desgl., betr. die Anfrage von Mitgliedern der Versammlung wegen Verlegung des Friedrichs-Realgymnasiums in den Stadttheil vor dem Hallischen Thore. — Eine Rechnung. — Bericht über die Wahl eines Rathsmaurermeisters. — Desgl., über die Petition eines Lehrers um Anstellung im Gemeindepelndienst. — Desgl., über die Vorlage, betr. die Zusage des vollen Gehalts an einen Gemeindepelndirektor bei seiner berechnigten Pensionierung.

Lokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wirthe, die ihre Lokale zu Versammlungen hergeben und bemerkt hierzu, daß dieselbe wöchentlich einmal mit event. Änderungen abgedruckt wird, ferner, daß Veröffentlichungen in Bezug auf die Lokalfrage nur von den Herren Wilhelm Berner, Sebastianstr. 72, Arno Winter, Köpnickstr. 126, Hans Baake, Gipsstr. 31, auszugehen haben. Alle eventuellen Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

- Abler-Brauerei, Gesundbrunnen.
- Bergschloßbrauerei, Rixdorf.
- Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
- Dörmisches Brauhaus.
- Döhne, Döhlenstraße.
- Holzmänn, Andreasstr. 26.
- Hobert, Weinstr. 11.
- „Hügel“, Dresdenerstraße.
- Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
- Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
- Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
- Geatwell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
- Gnadt, Brunnenstr. 33.
- Gottschall (früher Hul), Badstraße, Gesundbrunnen.
- Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
- Heise, Lichtenbergerstr. 21.
- Heyrich's Säle, Beuthstr. 18/21.
- Industrie-Hallen, Mariannenstr. 31/32.
- Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
- Königsplatz, Bülowstraße.
- Klein's Festäle, Oranienstr. 180.
- Königsbank, St. Franzstr. 117.
- Krüger, Hochstr. 32a.
- Luisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

- Mundi's Salon, Köpnickstr. 100 (15 M.).
- Orschel, Sebastianstr. 39.
- Renz's Salon, Raunynstr. 27.
- Rennsfahrer's Salon, Dennewitzstr. 13.
- Reyer, Alte Jakobstr. 83.
- Sanssouci, Kottbuserstr. 4 (20 M.).
- Schneider, Belfortstr. 15.
- Sahn's Klubhaus, Annenstr. 16.
- Silber's Salon, Schwedterstr. 24.
- Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
- Schweizergarten, Am Königsthor.
- Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
- Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
- Neuhäufischer Volksgarten, Prostauestraße.
- Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
- Wendt, Dresdenerstr. 116.
- Wollschläger, Blumenstr. 78.
- Wohlfahrt, Rantaustr. 9.
- Zemmer, Münzstr. 11.

Noch etwas vom Phonographen.

Der neue Edison'sche Phonograph wurde von Edison's Vertreter, Herrn Wangemann, in einer außerordentlichen Hauptversammlung des Stolzeschen Stenographenvereins im „Brandenburger Hause“ in der Möhrenstraße den Mitgliedern des Vereins und geladenen Gästen gezeigt. Der Andrang zu der Vorstellung war, so berichtet die „Post“, so stark, daß schon vor 8 Uhr der Saal überfüllt war und das Publikum alle Treppen und Gänge besetzt hielt. Der erste Vorredner, Bickler, der kurz nach 8 Uhr die Sitzung eröffnete, theilte mit, daß auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Wangemann ein Saal gewählt worden sei, der nicht mehr als 180 Personen fasse. Herr Wangemann erklärte, nachdem er vom Vorredner herzlich begrüßt worden war, den Phonographen. Derselbe stand auf einem Tischchen in demselben lauten Holzkasten, in welchem er, ohne weitere Verpackung, die zahlreichen Kreuz- und Querfahrten durch Europa gemacht hat. Das Prinzip der Konstruktion ist dasselbe geblieben, welches den alten Phonographen entlehnt ist: Die Erschütterungen, welche die menschliche Stimme in der Luft hervorbringt, werden von einer Membrane aufgenommen und mittelst eines Stützens auf einen rotirenden Zylinder übertragen. Führt man nun wiederum ein Stützen über die in dem Zylinder entstandenen Eindrücke, so muß eine mit diesem Stützens verbundene Membrane dieselben Schwingungen in der Luft hervorbringen, durch welche die erste Membrane erschüttert wurde, und dadurch muß sich für das menschliche Ohr wiederum derselbe Ton ergeben, welcher in den Apparat hineingeklungen wurde. Unendliche Schwierigkeiten aber ergaben sich bei der Verwirklichung dieser Vorrichtungen. Zunächst muß die Masse auf dem Zylinder, welche die Eindrücke des Stützes empfangen soll, absolut glatt sein. Da keines der bisher zur Verfügung stehenden Materialien eine mikroskopische Prüfung in Bezug auf die Glätte seiner Oberfläche aushielt, so wurde von Edison aus Wachs, Paraffin und verschiedenen Fetten eine ganz neue Masse chemisch hergestellt, welche die gewünschten Eigenschaften besitzt. Nun war aber keines der bisher angefertigten Messer im Stande, eine solche Masse vollkommen glatt zu schneiden. Infolge dessen wurden von Edison ganz neue Messer konstruirt, die einen parabolischen Winkel bilden und deren Schärfe durch Reiben mit Buchsbaumholz und Diamantstaub hergestellt wird. 5 bis 6000 Messer mußten erst versucht werden, bevor die richtige Methode ermittelt werden konnte. Die Membranen des Apparates bestehen aus Glas und ihre Dicke beträgt trotzdem nur $\frac{1}{1000}$ amerik. Zoll. Das Stützen, welches das Einklagen besorgt, ist mit besonderer Sorgfalt behandelt worden. Es befindet sich nämlich in der Mitte der betreffenden Glasmembrane ein Arm, der in einer Hälfte einen kleinen Ball trägt. Die Oberfläche dieses Kugelhens, welches 0,040 Zoll Durchmesser beträgt, ist auf dieselbe Weise geschliffen wie die erwähnten Messer. In die Ritze, welche dieser Ball einbringt, wird dann bei dem Reproduktionsprozeß ein anderes Kugelhens von $\frac{1}{1000}$ bis $\frac{1}{10000}$ Zoll Durchmesser hineingeleitet, welches mittelst eines Gewichtes die zweite Membrane in Vibration versetzt. Edison hat die Eindrücke, welche das Wort Hullo hervorruft, zählen lassen und gefunden, daß es mehr als 15 000 sind. Kollossal also ist die Massenhaftigkeit der Ritze, welche etwa ein Satz hervorbringt. Der neue Phonograph, der außerdem noch den besten bis jetzt konstruirten Motor besitzt, und der durch vier Schrauben vollkommen geleitet werden kann, ist in Amerika bereits in viertausend Exemplaren in Gebrauch. Namentlich bedienen sich Geschäftsleute und Stenographen seiner, um Kurse und Berichte hinein zu sprechen und nachher durch junge Leute auszusprechen zu lassen. Auch für den Unterricht von Sängern, denen er ihre eigene Stimme mit allen etwaigen Fehlern zu Gehör bringt, ist er schon theilweise im Gebrauch. Nach diesen Auseinandersetzungen ließ Herr Wangemann das Publikum zu 6 an den Apparat herantreten. Man hört am besten durch einen lose an das Ohr gehaltenen Gummischlauch. Auf diese Weise wurde zuerst ein Konzertsstück zu Gehör gebracht, das alle einzelnen Instrumente deutlich erkennen ließ. Dann sprach der Phonograph Schiller's Ode, dann sang er das Boulangerlied in der Weise, wie es der Volksänger Paulus in Paris hineingesungen hat. Sogar das Dufay'sche Auser, Weisfall'schen und Lachen des Pariser Publikums erlönte aus dem Phonographen. Endlich sprach der Apparat mit der Stimme des Hofkapellmeisters Reicher eine Stelle aus den Wildenbrüch'schen „Quignou“. Tonfarbe und Klang waren in jedem Fall deutlich zu erkennen.

Der Normalarbeitsstag der Apothekergehilfen. Der Vorstand des deutschen Pharmazeuten-Vereins sandte in diesen Tagen an alle Apothekenbesitzer Deutschlands ein Umschreiben, worin diese ersucht werden, der Erklärung zuzustimmen, daß die Dienststunden der Gehilfen in der Weise geregelt werden, daß dieselben von früh 8 Uhr bis 9 Uhr Abends mit einer Mittagspause von 2 Stunden thätig zu sein haben; dem Gehilfen, welcher Nachtdienst hat, sind früh zwei Stunden Freiheit zur Erholung zu bewilligen.

Im Friedrichshagen Doppelmord. Am Orte der That wurde am Sonntag Vormittag noch einmal ein Lokaltermin abgehalten, an welchem der Untersuchungsrichter, Dr. Albrecht, Kriminalkommissar Bregel und mehrere Gendarmen Theil nahmen. Es soll sich um eine erneute Suche nach den Esparnassen der ermordeten Frau Banez gehandelt haben. Zwar ist bereits unermittelbar nach der Entdeckung der That offensichtlich und darauf bei dem Lokaltermin am 22. Septbr. ganz gründlich nach dem Gelde gesucht worden, trotzdem wurden am Sonntag alle Räume noch einmal mit peinlicher Genauigkeit durchsucht, die Wohnung wurde sozusagen umgekehrt, aber gefunden wurde diesmal ebenso wenig wie früher. Die Wohnung ist noch immer nicht freigegeben worden. Bei Gelegenheit dieses Lokaltermins wurde auch der Kiepmann Franz Bernack vor dem Untersuchungsrichter citirt und von diesem über seine Begegnung mit dem „verdächtigen Kolporteur“

am Gesundbrunnen" vernommen. Dabei stellte sich die ganze Geschichte als eitel Weibergeckel heraus. Bernasch gab an, daß er am Abend der That unmittelbar nach der Entdeckung zwar in der Banerischen Wohnung gewesen sei, aber eine Begegnung, wie die geschilderte, dort nicht gehabt habe. Allerdings habe er am vorigen Dienstag in der Nähe seiner Wohnung einen Mann getroffen, der ihn nach dem Bahnhofs Viehhof gefragt, und den er dahin begleitet hätte, dieser Mann habe aber nicht schwarzes Haar und schwarzen Schnurrbart, sondern einen rötlichen Vollbart gehabt. Der Fremde habe ein Paket in Glanzleimwand bei sich gehabt, wie es Kolporteurs zu tragen pflegen, er habe sich als Kriminalbeamter ausgegeben und dabei auf sein Paket deutend erzählt, daß sich die Kriminalbeamten in den verschiedensten Verkleidungen bewegen müßten, so z. B. müsse er jetzt in der Rolle eines Kolporteurs herumlaufen. Gesprächsweise hat dann der Fremde geäußert, er glaube nicht, daß Klauwin der Mörder sei, aber daß er dies ganz bestimmt wisse, das habe er nicht gesagt. Der Fremde hat dann noch dem Bernasch seine Adresse: „Laubert, Gesundbrunnen, Biesenhalerstraße 13" gegeben. Als derselbe auf ein Blatt seines Notizbuches diese Adresse schrieb, will Bernasch gesehen haben, daß in dem Notizbuche stand: „Frau Brunow, Blumenthalstraße 36 erhält die Loreley." — Wie festgestellt worden ist, hat die Frau Brunow von einem Kolporteur mehrere Exemplare eines Pflanzenswerkes mit dem Namen „Loreley" erhalten. — Aufgeregt oder grüselig will Bernasch durch die Erzählungen des Fremden nicht geworden sein. Derselbe sei ihm auch gar nicht etwa als verdächtig vorgekommen, er habe Jenen einfach für einen Schwadronneur gehalten und auch an dessen Beamtenqualität nicht geglaubt. Lediglich aus diesem Grunde habe er von dieser Begegnung seiner Wirbin erzählt, diese habe wieder einer Nachbarin, Frau Wilsch davon erzählt, die einen Schwager habe, der Berichterstatter sein soll, und auf diesem Umwege sei aus dem rötlichen Vollbart ein schwarzer Schnurrbart und aus dem harmlosen Plauderer ein des Wortes verdächtiger Mensch geworden. So weit die Bekundung des Bernasch. Nun ist ferner ermittelt worden, daß der betreffende Kolporteur einer Frau Dah, Blumenthalstr. 12, gegenüber sich ebenfalls als Kriminalbeamter geriet hat, und so dürfte die ganze alarmierende Nachricht nur ein Strafmandat gegen den Kolporteur Laubert wegen groben Unfugs zur Folge haben. Für die Untersuchung wider Klauwin ist dabei gar nichts herausgekommen.

Dem zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt geforenen Kammerdiener Prochnow muß der Gedanke, sich das Leben zu nehmen, ganz plötzlich gekommen sein. Denn am Donnerstag Abend empfing sein Verteidiger, Rechtsanwalt Bronker, einen am Vormittag des genannten Tages geschriebenen Brief des Prochnow, in welchem der Verurtheilte seinen Anwalt bat, falls es ihm möglich sei, am nächsten Tage im Untersuchungsgefängnis ihn aufzusuchen; er wolle sich nicht bei dem Urtheil beruhigen und möchte daher mit ihm betreffs der Annullation der Revision Rücksprache nehmen. Als infolge dessen der Rechtsanwalt Bronker am Freitag Vormittag sich zu seinem Klienten begeben wollte, war er nicht wenig überrascht, als man ihm die Mittheilung machte, Prochnow bedürfe keines Rechtsbeistandes mehr.

Zur Explosion in Spandau. Nach dem „A. f. d. S." ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die schwer verletzten Arbeiterinnen des Feuerwerkslaboratoriums zu Spandau am Leben erhalten bleiben. Die hauptsächlichsten Verletzungen sind durch Zündhütchen verursacht worden, welche einzelnen Arbeiterinnen zu Hunderten ins Fleisch eingedrungen waren. Der Betrieb ist in der Sektion IV, in welcher sich die Katastrophe ereignete, noch nicht wieder aufgenommen worden. Die Thätigkeit wird jedoch wieder beginnen, sobald der am Gebäude angerichtete Schaden ausgebessert ist.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen zwei Droschken fand gestern Nachmittag an der Ecke der Dorotheen- und Friedrichstraße statt. Das Pferd einer Droschke war infolge des Puffens einer Lokomotive scheu geworden und rannte nun die Dorotheenstraße entlang. An der genannten Straßenecke prallte das Gefährt gegen eine andere Droschke mit solcher Gewalt, daß ihm die Hinterräder mit beiden Rädern abgerissen wurden und auch ein Vorderrad in Trümmern ging. Durch die jähe Hemmung der Geschwindigkeit wurde der Kutscher im hohen Bogen auf den Strohkendamm geschleudert. Der im Wagen sitzende Fahrgast kam glücklicherweise mit dem bloßen Schreck davon. Der Kutscher schien erhebliche Abschürfungen an Gesicht und Händen davongetragen zu haben. Während der Fahrt nach Bezahlung seiner Tour verschwand, sammelte der hinfelnde Kutscher die Ueberreste seines Fahrzeuges zusammen und trat dann, sein Köhlein am Bügel führend, den Heimweg an.

Uebersahren wurde am Sonntag ein fast achtzigjähriger Greis in der Wendenstraße von einem Omnibus der Linie Stettiner Bahnhof—Sörlicher Bahnhof. Der alte Mann hatte vor Angst und Schrecken die Spritze verloren, so daß er nicht anzugeben vermochte, wie er heiße und wo er wohne. In den nämlichen Omnibus, welcher das Unglück angerichtet, ward der Verletzte hineingelegt und so zur Sanitätsstation am Sörlicher Bahnhof gefahren. Auf der Wache, wo es sich ergab, daß der Alte zwar mehrere kleinere Verletzungen davongetragen habe, aber glücklicherweise nicht ernstlicher beschädigt worden sei, erlangte der Mann die Sprache wieder und gab an, S. zu heißen und in der Brandenburgerstraße zu wohnen. Auf die Hausnummer wußte er sich jedoch nicht zu besinnen, erklärte aber, das Haus zu kennen. Nachdem S. auf der Wache verbunden, ward der Verunglückte darauf in eine Droschke geschafft und seiner Wohnung zugeführt, wobei er während der Fahrt seinem mitgegebenen Begleiter die Richtung andeutete, welche der Wagen in der genannten Straße nehmen sollte, bis er das Haus herausfand.

Verfälschtes Ziel. In dem Gefäß gegenüber der Hindernis-Bahn (am Wildjaun der Schäffer-Voll'schen Forst) hat sich am Freitag Nachmittag ein etwa 22-jähriger junger Mann erschossen. In der bei der Leiche vorgefundenen Uhr war, dem „Charlottenburger Neuen Intelligenzblatt" zufolge, der Name „Becker" eingraviert. In einer Tasche fand sich ein Zettel vor mit der Aufschrift: „Verfälschtes Ziel". Der Selbstmörder ist 1,70 Meter groß, hat kurz geschorenes blondes Haupthaar und einen Anflug von Schnurrbart.

Ein schwerer Zusammenstoß fand am Montag Abend zwischen einem Omnibus und einem Militärfouragewagen statt. Letzter verlor, hoch mit Heu beladen, den Ede Wagazin- und Alexanderstraße befindlichen Fouragespeicher in dem Augenblicke als sich ein Omnibus der Linie Oranienplatz—Stettiner Bahnhof von der Jannowitzbrücke her näherte. Der nicht mehr zu vermeidende Zusammenstoß war ein furchtbarer. Der Stoß, der den Omnibus in die Seite traf, war ein so gewaltiger, daß der vollbeladene Omnibus umschlug. Die meisten der Passagiere retteten sich durch einen lühnen Sprung. Als ein wahres Wunder muß es angesehen werden, daß kein Passagier, keine Schürzen abgerieben, verwundet wurde.

Entschändetes Hügel hat die Konstruktion über beiden Eisenbahnbrücken in der Park- und Reinoldsdorferstraße angerichtet, dem leider ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Am Sonntag Nachmittag passierte ein mit 70 Centnern Mauersteinen beladener Arbeitswagen die Reinoldsdorferstraße und befand sich unter der betreffenden Bahnbrücke, als plötzlich ein Ringbahnzug mit donnerartigem Geräusch über dieselbe hinwegfuhr. Durch den furchtbaren Lärm erschreckt, wurden die Pferde scheu, gingen durch und rasten in wildem Galopp die Straße entlang; bei dem Versuch, die feurigen Thiere zu zügeln, kürzte der Kutscher des Fuhrwerks, G. von dem Wagen herab, und zwar so unglücklich, daß das linke Vorder-

Hinterrad über die Brust des Unglücklichen fortrollte. Mit entsetzlichen Verletzungen wurde G. nach dem Augustahospital gebracht, woselbst er am Montag seinen furchtbaren Leiden erlag.

Ein frecher Doppel-Einbruchdiebstahl, von denen der eine gelungen ist, während der zweite nur durch einen fonderbaren Umstand nicht den für die Einbrecher gewünschten Erfolg hatte, wird uns von der Nacht zum Sonntag aus dem Hause Wallstr. 15 gemeldet. In demselben befindet sich das Delikatessen-Geschäft von Links, welchem in genannter Nacht Einbrecher dadurch einen Besuch abstatteten, daß sie die Laden-Jalousien hochhoben und, nachdem sie so in das Geschäftslokal eingedrungen, die Ladentische erbrachen. Dieselbe hat jedoch zwei Fächer, von denen das eine die Tageslosung von 300 M., das zweite 16 M. Wechselgeld enthielt. Nur das letztere nahmen die Diebe an sich und, weil ihnen die Beute zu gering, beschloßen sie dem in demselben Hause belegenen Laden des Papierhändlers B. einen Besuch abzustatten. Die Einbrecher begaben sich nach dem Hofe, drückten die Scheiben des mit dem Geschäftslokal in Verbindung stehenden Arbeitszimmers ein und suchten sodann die hinter den Scheiben befindlichen Fensterladen mittelst eines Stenmeißels zu erbrechen. Beim Vantieren mit dem Tanteil und Stemmeisen fiel dieses Handwerkszeug in das Zimmer hinein, und das hierdurch entstandene Geräusch, wohl auch das Fehlen von passenden Instrumenten, veranlaßte die Einbrecher, den beabsichtigten unliebsamen Besuch aufzugeben. Von den Dieben, die im Hause wohl bekannt sein müssen, fehlt bis jetzt jede Spur.

Nicolaus v. Savine, jener russische Korvet, welcher Sonntag vor 14 Tagen durch zwei Berliner Kriminalbeamte an die russische Grenze geleitet und den russischen Behörden ausgeliefert werden sollte, in Posen aber seinen Transporteur entwich, befindet sich bereits wieder hinter Schloß und Riegel. Wie die hiesige Kriminalpolizei mittheilt, ist Savine in G. e. n. f. ergriffen worden. Auf die Festnahme des Flüchtlings war seitens der hiesigen Polizei eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt worden.

Polizeibericht. Am 30. v. M. Nachmittags wurde auf dem Schloßplatz eine Frau von einem Möbelwagen überfahren und erlitt außer einer Quetschung am Arm ansehend schwere innerliche Verletzungen, so daß sie nach der Schritter gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde im Tiergarten in der Nähe des Spielplatzes an der großen Quer-Allee ein unbekannter, etwa 55 Jahre alter Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe todt aufgefunden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. — Abends wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Skalitzerstraße erhängt vorgefunden. — In der Nacht zum 1. d. M. fand vor dem Hause Alexanderstraße 46—48 eine Schlägerei statt, wobei ein Ingenieur und ein Schlägler durch Messer- bzw. Stockschläge nicht unbedeutend verletzt wurden. — Am 30. v. M. Abends fanden Dollmannstraße 32 und Mantuffelstraße 18 und in der Nacht zum 1. d. M. in der Mantuffelstraße 5 kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

Gerichts-Beifung.

Streikanklage. Am 14. Juni 1880 schlug der nicht-streitende Maurer Spaeth dem streikenden Maurer Kamjunkte mit einer Feile ins Gesicht. Kamjunkte ließ durch die Polizei den Rahmen des Sprech feststellen, um ihn wegen der Mißhandlung zur Verantwortung ziehen zu können. Spaeth gab darauf dem zur Feststellung seiner Persönlichkeit herbeigeholten Schutzmann an: er sei seit mindestens 14 Tagen täglich von den streikenden Maurern, Kamjunkte, Karl und Wilhelm Wagner bedroht und beleidigt worden, damit er am Streik Theil nähme. Nunmehr wurden, der Weisung des Amtlamersichen Streik-erlasses entsprechend, — gegen Kamjunkte und die beiden Maurer Wagner wegen angeleglicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung das polizeiliche, dann das staatsanwaltschaftliche und schließlich das gerichtliche Verfahren eingeleitet. Die drei streikenden Maurer hatten sich heute wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Als Verteidiger stand ihnen Rechtsanwalt Stadthagen zur Seite. Spaeth blieb bei seinen Behauptungen, mußte aber zugeben, daß er bestimmte Aeußerungen, die ihn zum Streik bewegen sollten, nicht ausgesprochen vermöge. Seiner Ansicht nach hatten die Angeklagten ihn durch Drohungen und Beleidigungen zum Aufgeben der Arbeit bewegen wollen. Seine Angaben wurden durch drei weitere Belastungszeugen nicht unwesentlich bekräftigt. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen jeden der drei Angeklagten 14 Tage Gefängnis festzusetzen, zumal die Bestrebungen der Angeklagten „gemeingefährlich" seien. Rechtsanwalt Stadthagen wies den Vorwurf einer Gemeingefährlichkeit zurück und bat um Freisprechung, da weder in juristischer noch in thatsächlicher Beziehung von einer Schuld der Angeklagten die Rede sein könne. Würde man Jedem, der Streikende, wie Spaeth es ja gethan habe, mit Feilen thätlich angreifen und dann den Angegriffenen denunzieren, Glauben schenken, so würde man die Rechtschaffenheit des Staates gefährden und das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten. Der Gerichtshof schloß sich dem Antrage des Verteidigers an, sprach sämtliche Angeklagte frei und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Während einer Arbeitspause wurde der Weberjunge Franz Emil Weber in Veran von seinen Arbeitskollegen gefragt, ob er den jetzigen Kaiser schon gesehen habe. Weber war ärgerlich darüber und gab eine Antwort, die sich auf die Gleichartigkeit aller Menschen bezog, in ihrem Vorlaute aber eine Majestätsbeleidigung enthielt. Die Sache wurde angezeigt und die erste Strafkammer am Landgericht II bestrafte dieses Vergehen gestern mit vier Monaten Gefängnis.

Ein mit besonderer Heftigkeit geführter Kampf gegen eine Berufsgenossenschaft hatte gestern den Redakteur und Herausgeber des „Fuhrhalter", Herrn V. Müller, unter der Anklage der wiederholten Beleidigung vor die IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts geführt. In einer Reihe von Artikeln, welche die Ueberschriften „Der Anfang vom Ende" und „Eine Neujahrspfeife" trugen, hatte der „Fuhrhalter" die Meinung zu begründen versucht, daß die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft bei ihrem Vorstehenden Herrn Scharffenberg in den denkbar schlechtesten Händen sich befinde und daß die gesammte Art der Verwaltung jener Genossenschaft eine arge Mißwirtschaft sei. Der „Fuhrhalter" war in die Einzelheiten der Geschäftsverwaltung mit unbarmherziger Strenge hineingestiegen und das ceterum cetero ging immer dahin, daß Herr Scharffenberg weder würdig, noch befähigt sei, das Amt des Vorstehenden zu führen, dasselbe vielmehr vielfach mißbrauche, um für sich resp. seinen Schmeißer Vortheile zu erringen. Speziell wurde u. a. der Vorwurf erhoben, daß Herr Scharffenberg mehrfach an den Protokollen der Vorstandssitzungen nachträglich herumgemodelt habe. Speziell sei in einem Protokoll verzeichnet worden, daß ein Betriebskapital von 100 000 M. bei der Reichsbank deponirt worden sei, während thatsächlich diese Summe erst später deponirt und inzwischen von dem Schmeißer Dietrich zu eigenen Geschäftsmanipulationen benutzt worden sei. Der Scharffenberg habe dann in seinem eigenen Hause der Genossenschaft die Bureauräume zu sehr hohem Preise vermietet und dieser Preis sei dann auch noch erhöht worden. Ferner wurde behauptet und für diese That-sachen Zeugen gestellt, daß sich Herr Scharffenberg und sein Schmeißer, trotzdem dies vom Reichsversicherungsamte als unzulässig erklärt worden war, doch größere Entschädigungs-

summen für „juristische Beirath" aus der Genossenschaftskasse hatten anweisen lassen. Unter Berufung auf die Akten des Kriegsministeriums war auch auf vorliegenden Fall hingewiesen worden: Ein Sektionsvorsteher der Genossenschaft, Namens Vodi, über dessen schlechte Geschäftsführung Herr Scharffenberg in einem Reiseberichte lebhaft geklagt hatte, war mit dem Kriegsministerium einen Vertrag eingegangen, von welchem das letztere aber zurücktrat, da der Betreffende inzwischen Konkursler geworden war und sich nicht als zuverlässig für die Behörde erwiesen hatte. Für diesen Mann hat nun Herr Scharffenberg als Vorsteher der Berufsgenossenschaft ein Empfehlungsschreiben bei dem Kriegsministerium eingereicht, in welchem plötzlich die vielen guten und zeitraubenden Dienste des Konkursler für die Sache der Berufsgenossenschaft gerühmt wurden. Vor Gericht erklärte Herr Scharffenberg gestern, daß dieses Schreiben aus Kriegsministerium nicht abgehen sollte und nur aus Irrthum abgegangen ist; der Angeklagte berief sich aber auf die Akten des Kriegsministeriums, nach welchem Herr Sch. das Schreiben persönlich abgegeben habe. — Der Angeklagte hatte durch seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Flatau einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten und vermies auf die That-sache, daß nach Kenntniß dieses Beweismaterials die Staatsanwaltschaft ursprünglich die Erhebung der Anklage abgelehnt hatte. — Die gestrige Beweisaufnahme hatte das Ergebniß, daß ein Theil der in den polemischen Artikeln vorgeführten thatsächlichen Vorkommnisse von Herrn Sch. nicht bestritten werden konnte, und derselbe sich nur gegen die persönlichen Angriffe und beleidigenden Schlussfolgerungen wehrte. Den Höhepunkt fanden alle diese Angriffe in dem Artikel „Eine Neujahrspfeife", in welchem Herr Scharffenberg ein langes Sündenregister vorgehalten und mit dünnen Worten behauptet wurde, daß derselbe die berufsgenossenschaftlichen Gelder zu eigenen Zwecken benutzte, Entschädigungsgelder in ungebührlicher Höhe erhob, seine Amtseinführung gemißbraucht habe u. s. w.

Da der Angeklagte ferner eine Berichtigung des Vorstandes der Berufsgenossenschaft in dem „Fuhrhalter" nicht aufgenommen, so ist er auch dieser Uebertretung des Preßgesetzes beschuldigt. — Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten sowohl der einfachen wie der schweren Beleidigung für schuldig, wofür er eine Gesamtstrafe von 400 M. event. 40 Tage Gefängnis beantragte. Wegen der Uebertretung beantragte er 50 M. Geldstrafe oder 5 Tage Haft. — Der Verteidiger wies in Betreff des letzten Punktes darauf hin, daß die Berichtigung geradeswegs Beleidigung des Angeklagten enthalte, und kein Redakteur könne gezwungen werden, eine derartige Berichtigung aufzunehmen. Was nun die Beleidigungen anbelange, so lasse sich allerdings nicht leugnen, daß die beanstandeten Artikel der Form nach einen beleidigenden Charakter trugen. Aber dennoch habe der Angeklagte sich verdient gemacht, daß er die Artikel verfasste. Die Beweisaufnahme habe Dinge zu Tage gefördert, worüber jedem preussischen Beamten die Haare zu Berge stehen würden. Es sei jedenfalls erwiesen, daß der Vorstand der Berufsgenossenschaft sich so grober Disziplinär-übertretungen schuldig gemacht, daß dadurch Bedenken gegen das ganze Institut der Selbstverwaltungen und besonders gegen die Berufsgenossenschaften entstehen könnten, und wenn dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis nicht in allen Punkten gegliedert sei, so theile er herdurch das Schicksal jeden Privatmannes, der es sich zur Aufgabe mache, im allgemeinen Interesse Mißstände, die bei einer öffentlichen Behörde bestehen, aufzudecken. Bei der Strafmaßung sei ferner zu berücksichtigen, daß der Vorstand der Berufsgenossenschaft den Angeklagten in einem Flugblatte einen „instamen Ehrabschne" genannt. Nach längerer Verathung erkannte der Gerichtshof dahin, daß die fertig-lekten Angriffe des Angeklagten nur als eine Handlung anzusehen sei. Die behaupteten That-sachen seien zum Theil als erwiesen zu betrachten, wo dies nicht der Fall sei, könne eine verleumderische Absicht nicht angenommen werden. Es sei deshalb auf eine Geldstrafe von 200 M. erkannt worden. Wegen Nichtaufnahme der Berichtigung erfolgte ein freisprechendes Urtheil.

Ein Geschäftskniff, welcher vom Gerichtshof zwar als höchst verwerflich und unmoralisch bezeichnet wurde, aber dennoch im vorliegenden Falle durch Bestrafung des Thäters nicht geahndet werden konnte, unterlag gestern der Prüfung der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Handelsmann Deimann Ebenstein befand sich wegen Urkundenfälschung und Betruges auf der Anklagebank. Am 30. Mai wollte der Auktionator Pöfster in einem Lokale in der Wassergasse zwei Listen Majolikawaaren en bloc versteigern. Zwei Tage vorher traf der Angeklagte mit dem Händler Samuel Stern zusammen und bei dieser Gelegenheit übertrug der letztere, daß auch er bei der Auktion als Bieter erscheinen werde. Ebenstein wollte sich gerne des Konkurrenten entledigen und griff zu einem Mittel, das ihn auf die Anklagebank führte. Am Morgen des Auktionstages erhielt Stern eine Postkarte, monach ein gewisser Möhling, Koloniestraße 8, ihm anzeigte, daß er einen Posten Schutzeug billig zu verkaufen habe, Stern wolle ihn zu diesem Behufe zwischen 10 und 11 Uhr Vormittags besuchen. Stern hoffte ein gutes Geschäft zu machen und fand sich schon vor 10 Uhr in dem bezeichneten Hause ein. Ein Mann Namens Möhling war aber ebensomenig hier wie in den Neben-häusern zu finden, und als Stern endlich die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß er getäuscht worden, war es halb ein Uhr geworden. Die weite Tour von der Koloniestraße bis zur Wassergasse nahm auch längere Zeit in Anspruch, und als Stern endlich vor dem Auktionslokale anlangte, war die Auktion längst vorüber. Ebenstein hatte die Majolikawaaren für insgesamt 86 M. erhalten. Derselbe machte gar kein Hehl daraus, daß er die falsche Postkarte geschrieben habe, um den unbehaglichen Mißbieter am Erschienen zu verhindern. Stern sah die Sache aber übel auf und erstattete Anzeige. Der Staatsanwalt behauptete, daß dem Angeklagten nicht beizufommen sei. Die Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung könne er nicht aufrecht erhalten, weil die vorliegende Postkarte nicht als eine Urkunde angesehen werden könne, die zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen erheblich sei und die Verurtheilung wegen Betruges lasse sich nicht rechtfertigen, weil der Nachweis sich nicht erbringen lasse, daß der Zeuge durch sein Nichterscheinen bei der Auktion einen Vermögensnachtheil erlitten habe. Allerdings sei Stern um die Wenigkeit geschädigt worden, die er der Pferdebaun gepostet, es lasse sich aber nicht annehmen, daß dem Angeklagten diese schädigende Absicht inne gewohnt habe. Der Gerichtshof theilte die Anschauungen des Staatsanwalts und sprach den Angeklagten frei, der mit einem energischen Denksatz seitens des Vorstehenden entlassen wurde.

Das „Coupiren" der Schweife bei Pferden muß an einem dem Publikum nicht zugänglichen Orte vorgenommen werden, widrigenfalls die Vornahme dieser Handlung als eine Thierquälerei aufgeführt wird. So entschied gestern die 94. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Koppelschmied Friedrich Brandt hatte am 30. Mai im Auftrage seines Herrn die oben-erwähnte Prozedur an einem Pferde vorzunehmen. Er that dies auf dem Hofe eines Grundstücks in der Köpnickstraße, auf dem sich eine Schmiede befand, und verfuhr dabei in der Weise, daß er dem Pferde den Schweif in der Nähe der Wurzel abschchnitt und sodann die blutende Wunde mit einem glühenden Eisen ausbrannte. Einer der Zuschauer hielt dies für eine grausame Quälerei und erstattete Anzeige, worauf Brandt von Polizeiwegen mit einem Strafmandat von 20 M. gemahregelt wurde. Er beantragte hiergegen richterliche Entscheidung und stellte im geistigen Termine unter Beweis, daß das bezeichnete Verfahren ein allgemein übliches sei, auf der sog. Thierarzneischule ebenso gelehrt werde und den Thieren fast keine, oder kaum nennenswerthe Schmerzen bereite. Der Gerichtshof lehnte alle diese Beweisstränge ab. Die Thier-

qualerei werde schon darin gefunden werden müssen, daß an der Operation Aergernis genommen wurde. Sei das Verfahren des „Coupirens“ unumgänglich, so müsse es wie alle Operationen nicht vor den Augen des Publikums vorgenommen werden. Die Strafe wurde indessen auf 3 M., event. 1 Tag Haft herabgesetzt.

Sieben Termine in ein und derselben Beleidigungssache standen gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II und der Strafkammer am Landgericht II an. Es handelte sich dabei um einen ebenso seltenen wie seltenen Vorgang, der in den südlich um Berlin gelegenen Ortschaften seinerzeit außerordentliches Aufsehen erregt hat. Der Handelsmann Welsch zu Glasow bei Mahlow lag zu Ende des vorigen Jahres im Hause seiner Mutter krank darnieder. Am 1. Dezember sandte er seine Schwester zu dem Altkirchler Friedrich Viesegang zu Glasow und ließ denselben um einen Besuch bitten. Als Viesegang am Krankenbette erschien, fand er dort den Ortsvorsteher Lehmann und den Senbarmen Königer, scheinend mit einer Vernehmung beschäftigt. Nach deren Weggange erzählte der Kranke, daß er nicht Herbes noch ohne sein Gewissen zu erleichtern und von einem Morde Kenntnis zu geben. Vor einigen Jahren sei ein wohlhabender Mann, der Reisende einer Großhandlung, in der Gegend spurlos verschwunden. Der Altkirchler Friedrich Hanske zu Selchow und sein (des Welsch) Schwager, der Gastwirth Dommisch hätten den Fremden totgeschlagen und auf der Blankensfelder Feldmark vergraben. Er habe die Geschichte von seiner Schwiegermutter, der Wittve Fehlhuber, erfahren. Noch an demselben Tage starb Welsch. Während der Weihnachtsfeiertage kam Viesegang zu seinem Schwiegersohne, dem Bauergutsbesitzer Kühle II in Deutsch-Wuhershausen. Dort erzählte er in Gegenwart seines Schwiegersohnes und des Altkirchlers Welsch, was Welsch ihm auf dem Sterbebette von dem Todtschlage erzählt hatte. Nun sprach sich die Sache in allen Ortschaften weit und breit herum. Der alte Hanske ist in Ehren 73 Jahr alt geworden, trotzdem wurde die Mär geglaubt und so er hin kam, da ließen die Kinder vor ihm davon mit dem Rufe: „Der hat Einen totgeschlagen!“ oder „dort kommt der Mörder!“ Genau ebenso erging es dem Gastwirth Dommisch und schließlich auch dem Bauergutsbesitzer Hanske, dem Sohne des vorerwähnten Altkirchlers. Dommisch machte kurzen Prozeß; er beantragte bei der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung wider sich und Hanske. Diesbezügliche eingeleitet und ergab zunächst, daß auf der Blankensfelder Feldmark vor Jahren menschliche Knochenreste aus dem Acker gespielt worden waren, die aber nach dem Gutachten Sachverständiger mindestens 50 Jahre in der Erde gelegen haben mußten und wahrscheinlich aus den „Freiheitskriegen“ stammten. Die Schwiegermutter des verstorbenen Welsch, Frau Fehlhuber, wurde in der Untersuchungssache vernommen. Sie gab an, die Mordgeschichte vom Bahnwärter Reschke erfahren zu haben; Reschke dagegen wollte durch eine Frau Zimmermann davon Kenntnis erlangt haben. Frau Zimmermann aber bezeichnete wiederum den Reschke als ihren Gewährsmann und so bewegten sich die Zeugenaussagen in einem Zirkel. Reschke gab nur zu, daß er einmal davon gesprochen habe, Hanske hätte „Einen totgeschlagen und vergraben“, aber es sei nur die Rede von einem Hunde gewesen. Die Staatsanwaltschaft stellte darauf die Untersuchung wider Dommisch und Hanske ein, weil sich absolut kein Moment für die Begründung eines Verdachtes ergeben habe. Die Beerdigung, welche die Verdächtigten von der Einstellung der Untersuchung erhielten, glich einer amtlichen Ehrenerklärung. Aber nun zogen die letzteren die männlichen und weiblichen Klatschmäuler zur Rechenschaft. Hanske — Vater und Sohn — und Dommisch strengten zusammen 18 Beleidigungsprozesse gegen ebensolche Personen an. Zuerst kam der alte Viesegang dran. Derselbe wurde vom Schöffengericht zu Königs-Wuhershausen zu 5 M. Geldbuße verurteilt. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der sterbende Welsch die Geschichte nur deshalb auf dem Sterbebette erzählt hatte, um seinem Schwager Dommisch, mit dem er in Feindschaft lebte, zu schaden. Er hatte schon früher wiederholt geäußert, er werde sich an seinem Schwager rächen und wieder noch Ems auswichen. Da er seinen Tod vor Augen sah, wußte er, daß ihm die Verbreitung der Verdächtigung nicht mehr schaden konnte. Daß Viesegang mit einer so geringen Strafe davon kam, hatte er lediglich dem Umstande zu danken, daß ihm der sterbende Welsch die Mitteilung auf dem Sterbebette und mit einer gewissen Feiertlichkeit machte. Trotzdem legte Viesegang Berufung ein, die aber von der Strafkammer verworfen wurde. Sechs weitere Termine fanden in der ersten Instanz vor dem Schöffengericht statt. Zwei endeten davon durch Vergleich, zwei wurden vertagt und in zwei Fällen wurde auf Geldstrafen von 15 und 20 M. erkannt. Außerdem schweben noch drei Prozesse beim Amtsgericht in Köpnic und acht beim Amtsgericht in Wittenwalde.

Versammlungen.

Eine öffentliche Tischlerversammlung tagte am Montag Abend im Konzerthause „Sonsbecker“, Kottbuserstr. 42, unter Vorsitz des Herrn Millarg. Leider war die Versammlung außerst schwach besucht, ein Umstand, der wohl auf den 1. Oktober, den „Ziehtag“, zurückzuführen ist. Herr B. Zubeil hielt ein beifällig aufgenommenes Referat über das Thema: „Die diesjährigen auswärtigen Streiks im Tischlergewerbe und ihre Rückwirkung auf die Verhältnisse der Tischler Berlins.“ Es mußte Jedermann, so führte Referent aus, in Erstaunen setzen und es sei gleich ein erfreuliches Zeichen, daß überall, wo die Tischlergesellen augenblicklich im Streik liegen, die Verkürzung der Arbeitszeit als Hauptforderung aufgestellt worden sei. Diesen sei es sehr zu danken, daß sie endlich die Forderung geklärt hätten in der richtigen Erkenntnis, daß alle Lohnkämpfe, die diese Forderung nicht zur Grundlage haben, nutzlos sind, insofern, als eine Verkürzung der Arbeitszeit und der damit erlangten Verminderung der Referentarmee die errungenen Lohnvortheile bald wieder zu Wasser werden. Redner geht nach einer kurzen Betrachtung über die Nothwendigkeit einer Arbeitsverkürzung auf den Braunschweiger Streik ein, der außer wegen einer kürzeren Arbeitszeit auch um Abschaffung der Arbeitsbücher entbrannt ist. Recht eigenhümlich mußte es dem gegenüber berühren, daß der Domburger Tischlertag (Innung) nach einem Referate des hiesigen Obermeisters Brandes einstimmig beschloß, die Arbeitsbücher in ganz Deutschland einzuführen. (Gelächter.) Referent fortfahrend: Dieses Gelächter sei durchaus nicht so angebracht; diese Arbeitsbücher bedeuteten eine ernste Gefahr, welche die Arbeitskraft bedrohe. Die Arbeitsbücher einzuführen, sei eine Leichtfertigkeit, wenn die Berliner Tischlergesellen noch weiter der Organisation fern bleiben wie bisher. (Rufe: Sehr richtig.) Dem gegenüber müßten Schritte gethan werden! Die Kollegen in Freiberg in Schlefien hätten die Sache vollkommen begriffen. Sie erklärten sich einmüthig gegen diese Maßnahmen und wangen die Uhrenfabrikanten Adler und Schumann, die die Arbeitsbücher einzuführen beabsichtigten, durch die Macht ihrer geschlossenen Organisation, ohne jeden Streik hiervon abzulassen. Dieses sei vielleicht der größte Sieg, der in diesem Jahre im Tischlergewerbe errungen wurde. Die Lage sei eine ernste. Ueberall fanden die Meister Unterstützung. Die Arbeiterkolonien in Sachsen gewährten reisenden Tischlergesellen nur dann Nachtquartier, wenn die Gesellen sich verpflichteten, nach Braunschweig zu gehen und als Streikbrecher aufzutreten. Doch nicht genug damit, auch das Koalitionsrecht werde zu beschneiden versucht. Schon genüge die rigorose Anwendung des § 153

der Gewerbeordnung, der doch nur die Arbeiter treffe, während die Unternehmer Konventionalstrafen einführen. Schwarze Listen herausgeben können, schon genüge der § 153 nicht mehr; Bekämpfung des Kontraktbruches werde verlangt. Doch mit der Einführung dieser Bestimmung ins Strafrecht jeder Streik von vornherein vereitelt wäre, sei klar. Wohl könne ein solcher Paragraph für Berlin nicht besonders schwer ins Gewicht fallen, denn es sei füglich unmöglich, Tausende von Arbeitern auf ein Mal ins Gefängnis zu legen; für kleine Städte, wo vielleicht 50 Gesellen in den Streik eintreten, sei er aber von nicht absehbarer, unheilvoller Bedeutung. Hiergegen müsse ebenso Front gemacht werden, wie seiner Zeit gegen die Arbeitsbücher. Sollte gegenüber solchen Thatfachen und solchen Ausfichten der Ruf: „Organisirt euch!“ immer und immer wieder ungehört verhallen? Keiner könne leugnen, daß eine Besserung eintreten müsse; jeder fühle es förmlich, lässlich! Man müsse sich organisiren. Können man auch für sich nichts eringen, so müsse man doch dafür sorgen, daß unsere Nachkommen nicht in denselben ökonomischen Abhängigkeit vom Kapital aufwachsen und leben müssen. Eine Aufbesserung sei unbedingt nöthig; selbst die Krone habe dies anerkannt dadurch, daß sie 3/4 Millionen mehr forderte und erhielt. Dem Arbeiter könne aber eine Besserstellung in der heutigen Wirtschaftsordnung nur winken, wenn er sich organisiere. Darum: Beitritt zum Fachverein der Tischler! (Beifall.) Die Diskussion drehte sich weniger um das gehörte Referat, sondern verflachte sich ganz und gar in Streitigkeiten, welcher Verein der maßgebendste sei. Herr Weber meinte, man solle nicht warten, bis die Organisation sich bis zu zwei Dritteln der Gesellen gestärkt habe, sondern man solle bald in einen Streik eintreten; es sei unbedingt nöthig, in Kürze Forderungen zu stellen. Herr Locke wendet sich gegen diese Ansicht, indem er ausführt, daß ein Streik stets scheitern müsse, wenn die große Masse nicht über ihre Klassenlage aufgeklärt sei, wenn sie nicht genau wisse, warum sie streike und daß sie aushalten müsse. Dies habe man bei dem diesjährigen Streik der Maurer und Zimmerer gesehen. Wohl seien große Massen damals den Organisationen beigetreten. Dieser Beitritt sei nur scheinbar gewesen. Mit einem solchen plötzlichen Beitritt sei nichts erungen, der erfolge nur, um zu streiken; die Betreffenden wußten nicht, warum sie es thaten, sie konnten nicht die Tragweite ihrer Handlungsweise ermessen. Die Folgen haben sich auch gezeigt. Nicht nur, daß Viele nach einigen Tagen abhielen, nein, nachher habe sich gar ein Affordarbeiterverein gegründet. Langsam müsse gearbeitet und Aufklärung verbreitet werden; seien zwei Drittel der Gesellen organisiert, dann sei auch ein Streik unnöthig, weil Jeder in seinem Kollegen einen Rückhalt finde. Jeder möge für den Fachverein agitiren, denn in dem angebotenen Sinne werde derselbe arbeiten. (Lebhafte Beifall.) Nachdem noch eine ganze Reihe von Rednern gesprochen, hält Herr Zubeil sein Schlusswort, in welchem er der Hoffnung Ausdruck giebt, daß im Falle eines Kampfes sich die kleinen Branchenvereine zu Gunsten des Fachvereins auflösen werden. Es wurde hierauf beschlossen, die heutige Tagesordnung wegen ihrer Wichtigkeit nochmals in einer neuen Versammlung zu besprechen. Unter „Verschiedenes“ macht Herr Weber auf die Petitionskisten der Spirituskommission aufmerksam und bittet, dieselben zu verbreiten und für Aufbringung der Mittel Sorge tragen zu wollen.

Begründete Beschwerde wegen Versammlungsauflösung. Am 16. Juli 1889 wurde die Versammlung des Arbeiterbildungsvereins „Berlin Nord“ während eines Vortrages des Rechtsanwalts Arthur Stadthagen über das Thema „Aus Vaterland, ans theure, schließ Dich an“ auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst. Der Vortragende erhob gegen diese Auflösung Beschwerde und führte zur Begründung seiner Beschwerde aus: Er habe dargelegt, daß sich eins Vaterland anfühle, wer dem Wohle des Vaterlandes diene. Weiter habe er u. a. ausgeführt, daß dem Wohl des Vaterlandes diene, wer der Unwohlfahrt und Verleumdung entgegenstehe. Ein praktisches Beispiel — die Spindelaffären — zeigten, daß die Sozialdemokraten durch Bekämpfung der verderblichen Umtriebe dieser „Gentlemen“ dem Vaterland eminent nützen. Zu untersuchen sei, wie andere Parteien sich dieser widrigen Erscheinung gegenüber verhielten. Als er dann wörtlich ausfuhrte: „Wenn also konservative Blätter etwa nichts dagegen haben, daß von unseren Steuern bezahlte Menschen oder andere w o h l g e m u t h e Leute unschuldige, ruhige Bürger zu Verbrechern anstacheln“, wurde die Versammlung aufgelöst. Beschwerdeführer führte nun aus, daß die Verbreitung der Wahrheitstheorie und der echten Vaterlandsliebe ja allerdings sozialdemokratische Bestrebungen seien, sie seien aber schwerlich als „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet zu erachten. In der Verfassung befinde sich trotz des Sozialistengesetzes schwerlich das Vaterland, daß es Wahrheitstheorie und echte Vaterlandsliebe nicht mehr vertrage. Der Polizeipräsident wies aber die Beschwerde zurück, weil „in dem Vortrage sozialdemokratische und sozialistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage getreten“ seien. Rechtsanwalt Stadthagen erhob hiergegen weitere Beschwerde beim Minister des Innern. Auf diese Beschwerde hin ist ihm nun folgender Bescheid zugegangen: „Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern eröffne ich Euer Wohlgeboren ergebenst, daß derselbe Ihre Beschwerde vom 4. August, betreffend die polizeiliche Auflösung der am 16. Juni 1889 stattgehabten Versammlung des Arbeiterbildungsvereins „Berlin Nord“ nicht für unbegründet erachtet hat. Der betreffende Beamte, welcher die Auflösung der Versammlung seiner Zeit veranlaßte, ist von der Entscheidung des Herrn Ministers entsprechend in Kenntniß gesetzt worden.“ Die Beschwerde hat somit Erfolg gehabt. Die Auflösung der Versammlung ist aber nicht mehr rückgängig zu machen.

Mitglieder-Versammlung der Afford-Maurer Berlins und Umgegend. Mit dem Erlauchen um Aufnahm geht und folgender Bericht zu: Am Dienstag, den 24. v. M., fand im Lokal Nudersdorferstr. 45 eine Versammlung der Afford-Maurer von Berlin und Umgegend statt. Die Tagesordnung lautete: Bestrebungen des Vereins und Verschiedenes. Herr Lehmann als Vorsitzender bedauert die Gefährdung, welche durch einzelne Kollegen hervorgerufen wird, da der Afford-Maurer-Verein auf ganz demselben Standpunkt steht, wie alle gewerkschaftlichen Vereine. Er hätte es am liebsten gesehen, wenn die Frage in großen Generalversammlungen diskutiert worden wäre. Dies sei aber unmöglich geworden, und da auf Grund der Verhältnisse 2500 Maurer mindestens im Afford arbeiten (weil die Schattenlöhner der Affordarbeit sich mit denjenigen der Lohnarbeit bedecken), so ist es Pflicht aller derjenigen Kollegen, welche heute in Affordarbeit stehen, sich zusammen zu thun, um die Schäden zu beseitigen. Redner geht in seinen Ausführungen dahin, daß die Affordarbeit in unserem Verufe, sowie in allen andern Gewerkschaften, ein Produkt unserer ganzen Zeitverhältnisse sei. Er widerlegt die Ansicht einzelner Mitglieder, daß diejenigen, welche heute im Afford stehen und morgen im Lohn arbeiten, keine Mitglieder mehr sind; er betonte, daß, wenn wir heute getrennt marschiren, doch am Ziele alle einig seien. Der Innung zum Trost, gegen deren Bestrebungen sich Redner entschieden vermahrt. (Beifall.) In der Diskussion sprach noch Kollege Peters. Auch er bedauert die große Gefährdung. Er kritisirte scharf die Ausführungen einzelner Kollegen der freien Vereinigung, die ihnen den Vorwurf machten, Innungsbrüder zu sein. Er beachtete das ganze Innungsprinzip in seiner heutigen Gestalt, kommt am Schluß seiner Ausführungen dahin, daß unter den-

jenigen Kollegen, welche heute in Afford arbeiten, kein einziger Innungsbrüder zu finden ist, sondern daß alle auf dem Standpunkt stehen, daß sie als ersten Punkt ihrer Agitation die 9 stündige Arbeitszeit festhalten, und daß sie alle diejenigen, welche mühselig und beladen sind, erquiden wollen, sei es materiell oder geistig oder politisch. (Beifall.) Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der provisorische Vorstand durch Affirmation einstimmig gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ rügten einige Kollegen das Verhalten der Kolonnenführer, die sich aber durch Bemeisung vertheidigten. Der Kollege Peters spricht den Wunsch aus, die Gefährdungen zu vermeiden, und den Vorstand der Freien Vereinigung zur nächsten Mitgliederversammlung als Gäste einzuladen. Nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden, daß diesem Wunsche auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes nicht nachgekommen werden könne, erhob Kollege Peters seinen Wunsch zum Antrag. Derselbe wurde aber einstimmig abgelehnt.

Wir haben diesem Bericht Aufnahme gewährt, weil wir es für unsere Pflicht halten, von allen Vorkommnissen in der Arbeiterbewegung unseren Lesern Kenntniß zu geben. Wir dürfen jedoch keinen Anstand nehmen, auszusprechen, daß wir uns keineswegs mit dem Prinzip der Affordarbeit einverstanden erklären können. Red.

Öffentliche Versammlung sämmtlicher in der Mühenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Derselbe fand am Montag, Nachmittags 5 Uhr, im „Deutschen Volkstheater“, Schönhauser Allee 156 statt. Die Tagesordnung lautete: Die Lohnfrage. Diskussion und Verschiedenes; das Bureau bestand aus den Herren H u n d e r, K n a p p e r t und R i e h l. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referirte Herr Lichtenstein. Er konnte, anknüpfend an das von ihm in der Versammlung der Selbstständigen, Gesellen, Stepperinnen und Romsells, welche letztergenannten Freitag am gleichen Ort stattgefunden, Gesagte, den außerordentlich günstigen Stand der Lohnbewegung feststellen. An den Vortrag knüpfte sich eine bis 9 Uhr dauernde außerordentlich eingehende Debatte. Herr K a u c h führt u. a. in derselben aus, daß es allerdings nicht geringe Mühe und Arbeit gekostet, den Ring der Fabrikanten zu durchbrechen. Man habe indessen sehen können, daß die Mühenmacher dies dennoch geleistet haben und es glänzend zu Stande brachten. Redner kam auf die mathematischen 1000 M. zu sprechen, die bekanntlich diejenigen Fabrikanten als Konventionalstrafe zahlen müssen, welche sich von den Streikenden „unterziehen“ ließ. Er glaubt indessen, wenn man einige Positionen der aufgestellten Forderungen herabsetzen würde, dies nur im direkten Interesse der Arbeiter der Branche selbst geschähe. Redner hofft, daß man alsdann binnen zwei Tagen alle Fabrikanten zum Nachgeben bewegen habe würde. — Herr S t r a u m a l d wendet sich in längerer, gut begründeten Ausführungen lebhaft dagegen. Nur wenn sich die Interessenten, diejenigen, welche speziell in dem durch die Preisherabsetzung bedrohten Arbeitszweig beschäftigt sind, für die geplante Reduktion erklären, da sie doch ganz allein kompetent seien, dann auch werde er dafür stimmen. Im andern Falle nicht. Man müsse den Lohnstarif unter allen Umständen voll und ganz aufrecht erhalten und verwerflich sei die Diplomatie einiger Glieder der Lohnkommission. Kein Fabrikant werde sich durch den plump an die Wand gemalten Popanz der Zahlung von 1000 M. erschrecken lassen; nicht einer werde diese Summe bezahlen. Man könne im schlimmsten Falle noch etwas warten. Habe man vier Wochen lang gewartet, könne man auch noch 14 Tage lang geduldig sitzen. Konventionen, die hier vorgeschlagen wurden, habe man vor Ausbruch des Streiks machen können. So wenig aber wie der Streik von den Arbeitern provoziert worden, so wenig solle man jetzt freiwillig weichen. Die übermüthigen Fabrikanten, von deren Ignominus er eine Fülle von Beispielen wüßte, hätten vorher Zeit übergenug gehabt, sich mit den hart bedrängten Arbeitern zu verständigen. „Jetzt ist der Streik da“, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede, „jetzt wollen wir den vollen und ganzen Lohnstarif, und wir bekommen denselben auch!“ — Es betheiligten sich noch an der Diskussion die Herren G e m e i n h a r d, K a u c h, L i c h t e n s t e i n, L e m i n, B a r u. a. Es wird endlich nach langem Debattiren für und gegen ganz speziell von den Interessenten über drei Positionen abgestimmt, wobei es sich um Dredel, Jockey und Arbeitermügen und um Herabsetzung von je 25 Pf. handelt. In einem Fall blieb die Sache unentschieden, in den beiden anderen ward für die Herabsetzung gestimmt. — Unter „Vermischtes“ ward von mehreren Seiten lebhaft das Benehmen derjenigen „Kollegen“ getadelt, die aus der gegenwärtigen Bewegung Kapital zu schlagen suchen, indem sie die von den Selbstständigen an die Fabrikanten zurückgebrachte Arbeit fertig machten. Vornehmlich soll sich bei dieser schmerzlichen Thätigkeit ein ehemaliger Wirthshändler hervorthun. Dem Ehrgefühl jedes Kollegen und jeder Romsell müsse die Art des Verkehrs mit dieser Leute überlassen bleiben, indessen werde man am Ende die Kenntniskloffeit dieser Thoren, die nicht einsehen, daß sie durch solches Handeln Niemand mehr als sich selber schaden, verzeihen. Es ward allgemeine Genehmigung darüber ausgesprochen, daß die Ramsells so streng und fest zur Sache der Bewegung halten. Noch ward auf die auf Dienstag, den 1. Oktober, nach der Grenadierstr. 33 einberufene Versammlung aller in der Pels- und Mühenbranche beschäftigten Gesellen hingewiesen, die sich ebenfalls mit der Frage der Fortdauer des Streiks beschäftigen wird. Donnerstags Abend 6 Uhr findet sodann wiederum eine große allgemeine Versammlung im „Volkstheater“ statt. Es wird ferner von einem in der Versammlung anwesenden Mitgliede derselben den Mühenmachern mitgetheilt, daß am kommenden Sonnabend die von den Vorkämpfern aufgeführten Unterstützungsgelder disponibel seien und wird diese Nachricht mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Herr W a r n e d betont, ganz Deutschland in seiner Arbeiterschaft werde den Mühenmachern durch Unterstützung zum Siege verhelfen. Herr S t e i n hebt hervor, daß es sich in dem vorliegenden Falle um einen Sieg für Jahrzehnte handle. Herr K a u c h führt noch aus, daß, obgleich zwei Drittel der Fabrikanten dafür gestimmt, diejenigen Leute, welche an der Spitze gestanden haben, zu entlassen, so könnten sie dies doch selbst nicht halten. Dies jetzt habe noch Niemand von all den Streikenden um Unterstützung nachgesucht. Er könne die Versicherung abgeben, daß Geld genug da sei. Der Sieg sei errungen. So, man könne gar wohl am Ende jedweder fremden Hilfe entbehren, so groß sei die bewiesene Opferwilligkeit gewesen. Die Fabrikanten mögen sich stellen wie sie wollen, ihre Niederlage ist sicher. — Nach einem dreifachen Hoch auf die Bewegung, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, schloß die Versammlung.

In der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den VI. Reichstagswahlkreis, die am Mittwoch im Restaurant Wedding-Park, Müllerstr. 178, unter Vorsitz des Herrn Börner stattfand, hielt Herr Rechtsanwalt Stadthagen einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Ausnahmefälle“. Der Redner gab einen Rückblick auf die Geschichte des Sozialistengesetzes und gelangte zu dem Nachweis, daß Ausnahmefälle mit der Wohlfahrt des Volkes nicht verträglich wären. — Unter „Verschiedenes“ wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des VI. Berliner Reichstagswahlkreises beschließt, daß Vier der Norddeutschen Brauerei so lange nicht zu trüben und auch alle Gastwirthschaften, in denen das Bier der Brauerei verzapft wird, so lange zu meiden, bis die Lokalitäten der Brauerei den Arbeitern zu Versammlungen freigegeben werden.“ — Die Versammlung verließ schließlich der polizeilichen Auflösung, als der Referent eine anscheinend von einem agent provocateur gestellte Frage beantwortete.

